

JUNG+LIBERAL

Das MITGLIEDERMAGAZIN der Jungen Liberalen



ZURÜCK AUF LOS



Liebe Julis,

wenn diese Ausgabe in euren Briefkästen oder Postfächern landet, ist die Sommerpause fast schon wieder vorbei. Die nationalen und globalen Krisen machen leider keine Pause und auch die Liste der gebrochenen Wahlversprechen von Friedrich Merz wird länger. Keine flächendeckende Entlastung bei der Stromsteuer, ein Rentenpaket, das für die junge Generation alles andere als ein Geschenk ist, und eine horrende Schuldenpolitik, die trotzdem gigantische Haushaltslücken in den nächsten Jahren aufreißt. Wenn man bedenkt, dass die Ampel-Koalition am Ende wegen rund drei Milliarden Euro auf keinen Nenner mehr gekommen ist, wirkt die GroKo (oder SchuKo) dagegen wie ein wandelnder Albtraum...

Seit ein paar Monaten hat die FDP ihr neues Führungsteam zusammengestellt. Und während manche über den Sommer lieber über das Überdramatisieren von Wetter sinnierten, stehen die internen Kanäle der Freien Demokraten derzeit auf „Zuhören“. Im nächsten Jahr soll es ein neues Grundsatzprogramm geben, das die bestehende Fassung aus dem Jahr 2012 aktualisieren soll. Die Welt hat sich in dieser Zeit hinreichend gewandelt, sodass wir als Liberale neue Haltungen auf die aktuellen Lebensrealitäten entwickeln müssen. Langsam, aber sicher kommt der Aufarbeitungsprozess über das Ausscheiden aus dem Bundestag und die interne Reformprozesse in Fahrt, doch die großen Lösungsansätze zur inhaltlichen und kommunikativen Kehrtwende werden in unserer Mutterpartei noch mehr Zeit in Anspruch nehmen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich dazu aufrufen: Nutzt alle offenen Feedback-Kanäle und Beteiligungsmöglichkeiten, die sich uns parteiintern gerade und in Zukunft bieten. Wenn die Freien Demokraten ihrem Anspruch als modernste Partei wieder gerecht werden wollen, dann ist das nur mit dem Input von uns allen möglich.

Aber auch in unserem Verband stehen uns spannende Wochen bevor: Zum Redaktionsschluss haben drei Kandidaten ihren Hut für den nächsten Bundesvorsitz in den Ring geworfen – in dieser J+L Ausgabe haben alle die Gelegenheit erhalten, sich mit ihren Ideen für die JuLis vorzustellen. Viele von euch treibt die Neuaufstellung der Liberalen sehr um, wie ihr an einigen Meinungsbeiträgen in dieser Ausgabe feststellen werdet. Aber auch inhaltlich werden euch diesmal wieder einige spannende Themen geboten: Von der Forschungsfreiheit über die Arbeitszeitpolitik hin zu internationalen Blickwinkeln nach Europa, Russland und dem Iran ist für jeden und jede wieder was dabei.

Ich hoffe, eure Akkus sind über den Sommer wieder vollständig aufgeladen – die nächsten Monate werden entscheidend für die weitere Entwicklung der FDP und der Jungen Liberalen sein. Gerade jetzt ist Rückzug keine Option: Eine Trendwende gelingt uns nur mit vereinten Kräften – und als treibende Kraft kommt es dabei ganz besonders auf uns Julis an. .

Euer Pascal

Hier in den
Autorenverteiler
eintragen



PASCAL SCHEJNOVA (28)
ist Chefredakteur der jung+liberal und Mitglied
im Bundesvorstand. Du erreichst ihn unter
schejnoha@julis.de



Seite 8
HELMER KRANE:
Hungrig oder
bedeutungslos



Seite 12
JAN-LUKAS GESCHER:
Wissen schafft Freiheit,
Freiheit schafft Wissen



Seite 14
JAMIE HASSELBERG:
Der Liberalismus in
Deutschland ist tot?
I doubt it



Seite 15
FYNN GABRIEL REUTHER:
Mullahs unter Druck



Seite 16
PAAVO CZWIKLA:
Zum Abschied: Ein Appell

Bye Bye!



Seite 18
KILIAN KÜSTER:
Durch die Augen eines
Erstwählers



Seite 20
KEVIN NAUMANN:
Die wahre Arbeitszeitkrise



Seite 22
TANJA MÖRSTEDT:
Faul, unverbindlich,
arbeitsunfähig



Seite 24
OLIWIER SLOWIK:
Freiheit verteidigen



Seite 26
NIKLAS WAGNER:
Sanktionen auf Rechnung



Seite 30
SEAN BRAUN VON STUMM:
Der Weg zur Marktwirtschaft
mit Sinn



Seite 34
HUBERTUS HACKE-DIETZE:
Joe Biden und die Hybris
der Macht



Seite 3 Editorial

Seite 5 Vorstellung der Kan-
didaten für den Bundesvorsitz

Seite 10 Recap: Reise des
Bundesvorstandes in die USA
und nach Kanada

Seite 28 Dein Engagement
bei den Jungen Liberalen

Seite 33 JuLi Academy:
Neue liberale Influencer
braucht das Land!

Seite 35 Impressum

Alle mitnehmen

- Mit einer klaren Richtung



Folgt mir auf Instagram: @finn_flebbe

Moin liebe JuLis, mein Name ist Finn Flebbe, ich bin 29 Jahre alt, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Schleswig-Holstein und ich kandidiere im September für den Bundesvorsitz der Jungen Liberalen.

Warum? Weil wir als JuLis in den kommenden Jahren mehr sein müssen und auch können, als ein Debattierclub oder Aufsichtsrat der FDP. Wir müssen die politische Speerspitze des Liberalismus in Deutschland werden – mutig, unbequem und vor allem wirksam.

Der Bundestagswahlkampf 2025 war für die FDP und uns JuLis zerschmetternd. Wir stehen vor der Herausforderung, als außerparlamentarische Kraft nicht in die Bedeutungslosigkeit zu rutschen, sondern die Phase bis 2029 als vielleicht letzte Chance für Erneuerung, Profilierung und personellen Aufbau zu nutzen.

Ich will, dass wir JuLis in dieser Zeit sind, was wir immer sein wollten: der Motor der FDP – inhaltlich, organisatorisch und personell. Wir sollten nicht nur kommentieren, was schief läuft, sondern die Zukunft selbst in die Hand nehmen.

Was mich ausmacht

Vor meiner Zeit in der Politik habe ich acht Jahre bei der Bundeswehr gedient, als Gruppenführer und Ausbilder. Dort habe ich gelernt: Gute Führung geschieht aus der Mitte heraus. Sie bedeutet nicht, einfach Anweisungen zu geben, sondern Menschen mitzunehmen, zu motivie-

ren und Verantwortung zu übernehmen, gerade dann, wenn es schwierig wird.

Parallel habe ich mein Abitur an der Abendschule nachgeholt, studiere heute Jura in Kiel und habe mich im Bereich Datenschutz und -sicherheit selbständig gemacht.

Als Landesvorsitzender der JuLis Schleswig-Holstein habe ich den nördlichsten Verband stabilisiert, professionalisiert und inhaltlich geschärft. Wir haben neue Strukturen aufgebaut, unsere aktiven Mitgliederzahlen gesteigert und es wieder geschafft, junge Menschen für liberale Politik zu begeistern, gerade weil uns klar ist, dass ein Verband für alle besser ist, als ein Verband für wenige. Vor allem in politisch rauer See.

Was ich als Bundesvorsitzender erreichen will

I. Inhaltliche Schärfung

Wir JuLis brauchen ein klares, unabhängiges Profil, das nicht einfach FDP-Positionen wiederholt. Wir müssen mutige Forderungen formulieren, etwa bei Bürgerrechten, Bildung, Sicherheit oder Generationengerechtigkeit. Unser Anspruch muss es sein, den Zeitgeist zu prägen, statt nur reaktiv hinterherzulaufen.

II. Organisatorische Stärke

Ein schlagkräftiger Verband lebt von starken Strukturen. Ich will den Bundesverband so aufstellen, dass wir alle Landesverbände gezielt unterstützen, mit Ressourcen, Know-how und auf Augenhöhe. Wir müssen digitaler, effizienter und serviceorientierter arbeiten. Der Bundesvorstand ist ein Dienstleister für die Länder – nicht andersherum.

III. Mitgliedergewinnung und -bindung

Gerade in der Opposition müssen wir wachsen. Dafür müssen wir junge Menschen persönlich ansprechen, die in ihrer Lebensrealität ab-

holen, ihnen Verantwortung geben und zeigen, dass ihr Engagement Wirkung hat. Wir sind nicht die elitäre 1%-Jugend – wir sind Freiheitskämpfer aus der Mitte der Gesellschaft.

Mein Zielbild

Ich möchte, dass wir JuLis 2029 als Jugendorganisation dastehen, die den Liberalismus in Deutschland jung, modern und selbstbewusst verkörpert. Die nicht nur über Freiheit redet, sondern dafür kämpft. Ich möchte, dass junge Menschen in Deutschland sagen:

„Ich möchte in Deutschland etwas verändern – und deshalb bin ich Mitglied bei den Jungen Liberalen.“

Ich bin überzeugt: Dafür braucht es einen Vorsitzenden, der eine klare Richtung vorgibt. Denn in der FDP wollen nicht alle in dieselbe Richtung.

Dabei geht es nicht um links oder rechts – diese Debatte drücken uns Linke und Rechte auf. Sondern es geht um unseren Anspruch.

Wollen wir eine bürgerliche Protestpartei sein oder wollen wir Deutschland in Verantwortung gestalten?

Reicht es uns, möglichst laut und unbequem auf Probleme hinzuweisen, oder stellen wir uns der Herausforderung, Lösungen zu entwickeln? Machen wir die FDP zur Pöbel- und Meckerpartei oder entwickeln wir eine Vision für Deutschland? Eine Vision, die immer mit dem Anspruch verbunden ist, von uns in der Regierung umgesetzt zu werden – manchmal nur in kleinen Schritten und mit Kompromissen.

Ich will als Vorsitzender diese Richtung vorgeben. Ich stehe für den Gestaltungsanspruch, der die liberale Sache immer groß gemacht hat. Ohne Gestaltungsanspruch kein Genscher und keine deutsche Einigung.

Also lasst uns die nächsten Jahre gestalten statt meckern – gemeinsam, geschlossen, mutig.

Wir sehen uns im September in Esslingen – ich freue mich auf euch!

Besucht meine Webseite: ausliebezurfreiheit.com

Mit dem Scheitern der Freien Demokraten bei der Bundestagswahl beginnen für uns erneut Schattenjahre. Dass die Idee der Freiheit zukünftig keine Rolle mehr im höchsten deutschen Parlament spielen wird, ist allerdings nur ein Symptom einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, in welcher liberale Ideale immer stärker an Bedeutung verlieren. Die Jungen Liberalen müssen diese Realität anerkennen, um die Renaissance des Liberalismus nicht dem Zufall der Geschichte zu überlassen.

Jedes Wie braucht ein Warum

Seit unserem Scheitern bei der Bundestagswahl 2025 wird viel diskutiert: „Woran hat's gelegen?“ Auffällig häufig wird dabei über einzelne Instrumente wie den Social-Media-Wahlkampf oder einzelne Entscheidungen in der Ampel-Koalition gestritten. So berechtigt Teile dieser Analyse sein mögen, gehen sie doch am Kern des eigentlichen Problems vorbei. Die Menschen wussten bei der vergangenen Bundestagswahl nicht, warum sie die FDP wählen sollten. Diese Antwort sind wir dem Bürger schuldig geblieben.

Wer das Warum für eine drittes, eigenständiges politisches Lager begründen will, muss sich die aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft vor Augen führen: Die AfD und ihre Vordenker der identitären Rechten arbeiten gezielt daran, unsere offene Gesellschaft zurückzubauen. Remigration deutscher Staatsbürger und eine radikal nationalistische Außenpolitik sind nur einige vielfältiger Forderungen der AfD, welche den Weg in die geschlossene Gesellschaft aufzeigen.

Die Antwort auf die AfD aus dem Lager der Neuen Linken, so vermeintlich hehr sie sein mag, führt in der Realität jedoch ebenfalls zum Abbau von Freiheit. Wenn etwa an Universitäten oder bei Veranstaltungen unliebsame Sprecher eingeladen werden oder der Staat Meinungen im öffentlichen Raum regulieren soll. Mit all diesen Dingen ist unserer liberalen Demokratie nicht geholfen. Im Gegenteil: Unsere öffentlichen Debatten verlieren an Vielfalt und die kritische Auseinandersetzung findet häufig nur noch in für sich geschlossenen Räumen statt.

Während die kollektivistischen Populisten von der AfD die geschlossene Gesellschaft vorantreiben, setzen Teile der Neuen Linken – im Kampf dagegen – ebenso auf illiberale Instrumente. Genau hier kommen die Jungen Liberalen ins Spiel: Sie müssen erkennen, dass unser Land aus verschiedenen Strömungen heraus unfreier wird.

Deutschland braucht ein drittes politisches Lager

- Anna Neumann

Damit wird klar, warum es ein drittes, eigenständiges Lager braucht, das für die offene Gesellschaft kämpft, Meinungsvielfalt als Bereicherung sieht und Menschen nach Leistung statt Herkunft, Religion und Sexualität bewertet.

Totgesagte länger leben lassen

Und wie etablieren wir nun ein solches drittes, eigenständiges Lager? Aufgabe der Jungen Liberalen muss es sein, den Zeitgeist zu bestimmen und wieder Avantgarde zu werden: Vier Punkte möchte ich dafür stellvertretend nennen:

1 – Raus aus der Filterblase. Politik muss dort stattfinden, wo Menschen leben – in Vereinen, Subkulturen, Online-Communities. Wir brauchen Strategien, um in Zielgruppen jenseits klassischer Politik – etwa Fitness, Bildung, Gaming – präsent zu sein und liberale Werte dort zu verankern, wo Vorbilder entstehen.

2 Das Internet zurückerobern. Debatten werden auch online gewonnen – oder verloren. Jedes Mitglied sollte befähigt werden, als Markenbotschafter aufzutreten. Regelmäßige Schulungen mit Influencern können

Reichweite aufbauen und die liberale Stimme stärken.

3 Grundlagenwissen vermitteln. Die Idee der Freiheit fußt auf Denkern wie Mill oder Hayek. Politische Bildung muss Kernaufgabe sein. Wer seine Werte kennt, argumentiert überzeugend, bleibt standfest und trägt die Idee langfristig weiter.

4 Moderne Strukturen schaffen. Unsere Organisation wirkt oft wie aus den 1970ern. Wir sollten vorleben, was wir von der FDP erwarten: Optionale Doppelspitze, zeitgemäße Vordrängarbeit, bessere Wissensbündelung.

Die Aufgabe einer liberalen Jugendorganisation geht heute also weit über das Antreiben der Mutterpartei hinaus. Meine Vision ist eine Jugendorganisation, die sich nicht nur im tagespolitischen Taktieren verliert, sondern die Idee der Freiheit strategisch und langfristig in unserer Gesellschaft verankert. Einer FDP, welche bei den großen Zukunftsfragen unserer Zeit gestalterischen Willen an den Tag legt und Menschen für Reformen begeistert. Mein Ziel ist nicht nur, dass die FDP 2029 wieder in den Bundestag einzieht – ich will, dass die Idee der Freiheit auch 2045 in den Herzen und Köpfen der Menschen weiterlebt.

Es kommt auf uns an!



ALEXANDER STEFFEN war von 2020 bis 2025 Landesvorsitzender der JuLis NRW und bewirbt sich auf dem 71. Bundeskongress als Bundesvorsitzender der JuLis. Er steht euch gerne für Fragen, Ideen und Kritik unter alexander.steffen@julis-nrw.de oder per 0173 5259 364 zur Verfügung.

sagen: Wer unsere Werte ablehnt, kann hier nicht bleiben.

Gerade diese Themen sprechen vielen jungen Menschen aus der Seele – denen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen und denen unser freies, offenes Land etwas bedeutet. Wenn wir als JuLis diese Anliegen klar vertreten, haben wir ein riesiges Potenzial, junge Menschen zu erreichen, die bisher oder inzwischen politisch heimatlos sind. Um das erfolgreich umzusetzen, braucht es eine positive Mitmach- und Leistungskultur in unserem Verband, gerade auch beim Werben neuer Mitglieder. Ich möchte einen dauerhaften Neumitgliederwettbewerb mit attraktiven Preisen und echter Wertschätzung für die erfolgreichsten Verbände. Ich will als Bundesvorsitzender mit gutem Beispiel vorangehen und jeden Tag mindestens eine Person überzeugen, Teil unserer Bewegung zu werden – im direkten Gespräch, online oder vor Ort.

Mehr Bewegung als Konzern

Wir brauchen eine dauerhafte Kampagnenstruktur im Bundesverband, die täglich im digitalen Raum präsent ist, Themen setzt und Aktionen bundesweit unterstützt. Das heißt: eine Mannschaft aus Ehren- und Hauptamtlichen, ein Kampagnen-HQ, das von früh bis spät mitdenkt, reagiert und eigene Ideen nach vorne bringt. Wir müssen dorthin, wo junge Menschen sind – auf Festivals, in Clubs, an Hochschulen, auf TikTok und überall sonst auf Social Media. Wir müssen sichtbar sein, wenn andere Pause machen, in Aktion sein, wenn andere noch überlegen.

Ich will bei alledem keine Flügelkämpfe, keine Schubladen. Wir können unterschiedliche Schwerpunkte haben, ohne uns gegenseitig abzustempeln. In einer echten liberalen Bewegung ist Platz für alle, die für Freiheit brennen. Jeder von uns sollte sich als Multiplikator verstehen, als Sender für liberale Ideen. Genau das ist die Stärke einer Bewegung: dass sie aus vielen Stimmen besteht, die gemeinsam lauter sind als jede einzelne für sich. Ich bin überzeugt: Wenn wir als JuLis diesen Anspruch leben, können wir erst uns selbst verändern, dann die FDP antreiben und letztendlich auch Deutschland in Bewegung bringen.

Die FDP, als einzige liberale Kraft in Deutschland, hat bei der Bundestagswahl dramatisch verloren – unter jungen Menschen fast 80 % des Ergebnisses gegenüber 2021. Wir verlieren genau die Generation, die den Liberalismus in Zukunft tragen soll. Diese Niederlage und der Umgang mit ihr sind existenzbedrohend. Die neue Parteiführung um Christian Dürr setzt bislang auf eine Strategie des Zuhörens. Das mag sympathisch klingen, ist aber kein politisches Konzept. Wir brauchen keine liberale Selbsthilfegruppe, sondern eine FDP, die nach vorne geht, Probleme offen und direkt anspricht und die Antworten gibt, die unser Land jetzt braucht. Die Lage ist zu ernst für politische Nabelschau.

Denn Deutschland steht gleichzeitig vor drei zentralen Herausforderungen: Erstens muss es wieder verteidigungsfähig werden – gegen äußere Bedrohungen und gegen jene im Inneren, die unsere offene Gesellschaft ablehnen. Zweitens müssen wir den Verlust unserer inneren Liberalität stoppen:

Meinungsfreiheit darf der Cancel-Culture nicht weichen und Identitätspolitik darf nicht zum Maßstab jeder Debatte werden. Drittens muss Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit zurückerlangen. Statt immer neue soziale Wohltaten zu versprechen oder die Unfinanzierbarkeit der Bestehenden zu leugnen, braucht es den Mut, Leistung zu belohnen und radikal zu entbürokratisieren. In all diesen Bereichen zeigt Deutschland gefährliches Zögern und braucht deshalb umso mehr eine FDP, die das Gegenteil verkörpert: nämlich Reformeifer. Das bedeutet auch, Klartext zu reden. In der Bildungspolitik dürfen wir uns nicht mit Mittelmaß zufriedengeben – wir müssen Talente entfesseln und Exzellenz fördern. In der Wirtschaftspolitik braucht es den Mut zum Kapitalismus: weniger Steuern, mehr Chancen für Gründer, Mittelstand und Industrie. In der Migrationspolitik brauchen wir offene Türen für Talente aus aller Welt, weil unser Land sie braucht. Aber wir müssen auch den Mut haben, klar zu

Hungrig oder bedeutungslos

Warum die FDP jetzt **alles ändern** muss

Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 zeigte die FDP Aufbruchstimmung. Plötzlich traute sich die Partei etwas: Anträge zu Online-Apotheken und Cannabis-Legalisierung fanden Mehrheiten. Christian Lindner fasste das Leitbild zusammen: „Fragt man einen Liberalen, um was es ihm geht, so wird seine Antwort sein: ‚Um Dich.‘“ Mit Mut und Herz schaffte die FDP 2017 ihr Comeback – 10,7 Prozent.

Lernen aus dem ersten Scheitern

Doch die Erneuerung scheiterte. Nach dem Wahlerfolg 2017 wurden die Errungenschaften langsam, dann immer schneller abgeschliffen. Der Höhepunkt war die Bundestagswahl 2025: Die Kampagne wollte keine breite Wählerkoalition mehr. Die Wirtschaft war der richtige Schwerpunkt. Aber die einzige Partei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Freiheit verengte sich auf eine von beiden. Die Schuldenbremse war Dogma. Dementsprechend fehlte die Erklärung und der Bezug zur Lebensrealität der Menschen. Dabei war klar, dass rund zwei Drittel der für uns relevanten Wähler sich vor allem sorgten um ausreichend Investitionen. Die Menschen fragten also: Wer investiert in unsere Schulen? Wer baut den in Teilen dysfunktionalen Staat neu auf? Die FDP gab keine klaren Antworten.

Aus den Trümmern etwas Neues

Die Erneuerung von 2013 sollte und kann nicht einfach wiederholt werden. Sie sollte nicht wiederholt werden, weil sie zu oberflächlich war für einen nachhaltigen Kulturwandel. Sie kann nicht wiederholt werden, weil die Lage 2025 eine andere ist als 2013. Die Gesellschaft ist gespalten. Der

Bruch geht quer durch das liberale Lager. Es geht nicht um links oder rechts. Der wichtigste Bruch ist ein emotionaler an den Grenzen von Neugier und Angst, Vertrauen und Misstrauen, Ambiguitätstoleranz und Eindeutigkeitsstreben. Dies findet Ausdruck in unterschiedlichen Einstellungen zu Globalisierung, nationaler Souveränität, sozialen Freiheiten und kulturellen Traditionen.

Dieser Riss ist unsere Aufgabe. Die Aufgabe der FDP ist es, diesen Bruch nicht nur zu kitten, sondern etwas Neues zu schaffen, das über die Gegensätze hinausgeht.

Die Polarisierung aufsprengen

Die größte Herausforderung unserer Zeit ist der Kampf zwischen Demokratie und

Autoritarismus. Populismus und Polarisierung vergiften die Debatten. Sie wollen keinen Raum für Nuancen und Kontext lassen. Auf dieses Spiel dürfen wir uns nicht einlassen, nicht versuchen sie in diesem Spiel zu schlagen. Stattdessen müssen wir in Art und Ansatz das Gegenmittel sein. Die FDP muss Mut zur Komplexität zeigen, Hoffnung statt Angst vermitteln und verlässliche, pragmatische Reformen anbieten.

Beispiele wie Bill Clinton oder der frühe Macron zeigen, wie Zentrismus die politische Starre aufbrechen kann – eine politische Starre, für die Schwarz-Rot mit ihrem Durchwurschteln stellvertretend steht. Zentrismus ist nicht der Mittelweg zwischen Unsinn und Unsinn. Es geht darum, wieder die Agenda zu bestimmen, auf die andere reagieren müssen.

Es gibt eine erschöpfte Mitte, die es leid ist, dass jede ihrer Lebensentscheidungen zu einem Kulturkampf gemacht wird. Fahre mit dem Lastenrad oder mit dem Auto. Grille dein Steak oder trinke Hafermilch. Gendere oder tue es nicht. Alles okay. Durchbrechen wir die Logik des Gegeneinanders – erst in der Partei und dann in Deutschland.

Strategie statt Taktik

Die FDP hat in den letzten Jahren strategisches Denken vernachlässigt. Hektische Manöver und PR-Stunts wie der Beschluss „Fahrplan Zukunft – eine Politik für das Auto“ 2024 zeigen: Es fehlt ein langfristiger Plan.

Die Partei muss Disziplin und Arbeitsteilung lernen, um interne Blockaden zu überwinden. Das wird auch beiderseitige Begrenzung erfordern. Die eine Seite kann nicht so kommunizieren, dass es der anderen Seite die Kommunikation verunmöglicht. Beispiel: Sowohl Klimaschutz als auch Flucht-Migration spalten unsere Wähler. Deshalb: neue Ansätze. Wir machen Klimapolitik ohne Überbietungswettbewerb bei den Zielen, sondern weil sie sich rechnet. Weil sie Jobs schafft. Weil sie Sicherheit schafft. Wir machen Migrationspolitik ohne Überbietungswettbewerb beim unmenschlichsten Umgang. Stattdessen sprechen wir über Integration. Heißt Bildung. Heißt Verhinderung von Ghetts. Heißt Prävention gegen Islamismus.

Mut zur Schwerpunktsetzung

Die FDP muss ihre Kräfte bündeln und sich auf Themen konzentrieren, die sie glaubwürdig vertreten kann: Wirtschaft, Bildung, Rechtsstaat. Es geht nicht um programma-

tische Verengung, sondern um kommunikative Schwerpunkte, die liefern.

Eine neue Art, Personal aufzubauen

Die FDP braucht eine gezielte Förderung von Talenten und eine echte Frauenförderung. Das Female Empowerment-Programm ersetzt beides nicht. Wer unsere Ideen nach außen trägt, muss vorbereitet sein. Geschult. Trainiert. Unterstützt. Wer wenn nicht wir, sollte dafür berühmt werden, in die Weiterbildung seiner Mitglieder zu investieren? Der Frauenanteil von unter 20 Prozent ist auch strategisch eine Bankrotterklärung. Strukturelle Antworten, wie optionale Doppelspitzen, sind notwendig, um stärker in Wahlen zu gehen. Der Regionalproporz muss zurückgedrängt werden.

Regierungsfähigkeit entscheidet

Die FDP muss zeigen, dass sie Verantwortung übernehmen kann. Faktisch fehlt es am Regierungswillen. Zu vielen ist Opposition im Moralisten-Elfenbeinturm eigentlich genug – das darf es aber nicht sein. Strategisches Denken erlaubt es, größere Reformprojekte in Koalitionsverhandlungen zu verankern und weniger politisches Kapital in Blockaden zu versenken. Ziel muss es sein, das Land zu gestalten.

Strukturen reformieren – bevor wir das Land reformieren

Die Partei muss ihre eigene Organisation modernisieren. Das ist die Grundlage für innovative Politik. Wir wollen begeistern, aber unsere Parteitage wirken mit dem Vorstand vorne wie Hauptversammlungen einer AG. Wir brauchen eine andere Parteikultur. Für eine Partei mit der Kernbotschaft, dass Menschen in Verantwortung frei leben können, sind etwa Delegiertensysteme mindestens auf unteren Ebenen zu hinterfragen. Im Zweifel gilt: lieber einmal zu viel ändern, nur um frische Luft in den FDP-Raum zu lassen.

Führungs- und Verantwortungskultur

Fehlverhalten wird in der Partei zu oft totgeschwiegen – das ist nicht einmal Aufsichtsratsmentalität. Die Vorbildfunktion von Führungskräften wird unterschätzt.

Dass Thomas Kemmerich trotz Videos mit Frauke Petry, in der diese Werbung für ihre neue Partei macht, immer noch im Bundesvorstand kooptiert ist, vermittelt in die Partei hinein den Eindruck, dass so ein Verhalten in Ordnung sei.

Auch ein „D-Day“-Papier war letztlich Ausdruck mangelnder Verantwortungskultur. Mitarbeitern kann man mehr zutrauen. Sie müssen dann auch stärker einbezogen werden in die Verantwortung.

Ein Programm, das wieder begeistert

Die FDP muss wieder zeigen: Wir denken die Zukunft voraus. Dazu gehören Visionen. So etwas wie die Aktienrente brauchen wir auch in allen anderen Bereichen. Dazu gehören aber auch realistische Schritte auf dem Weg dahin. Subventionen abbauen? Klar. Dann aber auch: Welche im ersten Schritt? Was stellen wir Besseres mit dem Geld an? Ein Beispiel für verlässliche, pragmatische Reformkommunikation.

Viele Wähler sehen heute keinen Unterschied zwischen uns und der Union. Wir dürfen nicht wie eine kleine Kopie der Union wirken. Wer als Wähler überlegt, von der Union zur FDP zu wechseln, will gerade etwas anderes. Eine andere Sprache. Eine andere Haltung. Ein anderes Versprechen. Alles ist veränderbar. Auch wir.

Die neue Achse der Politik lautet: Wandel oder Rückzug. Hoffnung oder Angst. Fortschritt oder Stillstand. Eine hungrige, zukunftsorientierte FDP kann gefährlich sein – für die Linke, weil sie Chancen statt Bürokratie bietet, und für die Rechte, weil sie Offenheit mit Ordnung verbindet. Aber das klappt nur, wenn die Partei hungrig bleibt: auf Zukunft, Veränderung und Erfolg.



TEXT: HELMER KRANE (35)
ist Mitglied im FDP-Bundesvorstand und hat 2021 den Liberalen Fortschritt reaktiviert, die Plattform für einen ganzheitlichen Liberalismus. Ihr erreicht ihn unter helmerkranet-online.de



RECAP:

TRANSATLANTISCHER DIALOG AUF AUGENHÖHE

Reise des Bundesvorstandes in die USA und nach Kanada



Vom 31. Mai bis 7. Juni 2025 hatte der Bundesvorstand im Rahmen des Programms „Transatlantic Dialogue“ die Möglichkeit, in die Vereinigten Staaten und nach Kanada zu reisen. Ziel war es, mit politischen Entscheidungsträgern, Think-Tanks und zivilgesellschaftlichen Akteuren ins Gespräch zu kommen und dabei liberale Perspektiven jenseits des Atlantiks zu erkunden.

Demokratie, Zölle, Zukunft – liberale Perspektiven in Washington

Das erste Gespräch mit Bob Holste, Chief of Staff von Congressman Kevin Kiley (Republikaner), eröffnete uns einen unmittelbaren Zugang zur parlamentarischen Arbeit im Repräsentantenhaus. Die Unterschiede zur deutschen Parlamentspraxis stachen hervor – etwa der hohe Grad individueller Gestaltungsspielräume und die zentrale Rolle von Persönlichkeitsprofilen und Wahlkreisarbeit in den USA. Gleichzeitig wurde deutlich, wie professionell politische Kommunikation

und Wahlkampforganisation jenseits des Atlantiks betrieben werden.

Ein spannender Kontrast dazu war das Treffen mit Max Katz, Policy Advisor im Büro von Senator Martin Heinrich (Demokraten). Hier stand die politische Gestaltung der digitalen Transformation im Mittelpunkt – insbesondere der Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Die Offenheit, mit der in den USA über technologische Chancen und Zukunftspotenziale diskutiert wird, hat uns besonders beeindruckt: Innovation wird als strategische Aufgabe verstanden – nicht als Risiko, das kontrolliert werden muss. Für uns Junge Liberale war das ein starker Impuls, mutigere Rahmenbedingungen für Fortschritt einzufordern.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch in der deutschen Botschaft in Washington. In Gesprächen über die transatlantischen Beziehungen wurde deutlich, wie sehr wirtschaftspolitische Fragen – etwa Handelsbarrieren – Ausdruck tiefer liegender geopolitischer Konfliktlinien sind. Protektionismus schwächt das Vertrauen in multilaterale Strukturen. Unsere zentrale Erkenntnis: Außen-, Wirtschafts- und Innovationspolitik müssen gemeinsam gedacht werden – und

liberale Ordnungspolitik braucht auch außenpolitische Verankerung.

Dass Think-Tanks nicht nur Debattenräume, sondern auch strategische Impulsgeber sind, zeigte der Austausch mit dem Strategic Foresight Hub des Stimson Center und dem Cato Institute. Die unterschiedlichen ideologischen Grundhaltungen verdeutlichten uns, wie vielfältig liberales Denken in den USA ausgeprägt ist. Beide Gespräche warfen grundsätzliche Fragen auf: Wie kann Vertrauen in demokratische Institutionen gestärkt werden? Und wie gelingt strategische Vorausschau in einer Welt multipler Krisen?

Von Washington nach Ottawa – politische Einblicke in Kanada

Nach intensiven Tagen in den USA führte uns die Reise weiter nach Ottawa – in die politische Mitte Kanadas. Der Besuch im kanadischen Parlament, inklusive der Teilnahme an der lebhaften „Question Period“, vermittelte eindrucksvoll, wie kontrovers eine politische Debatte in einem Westminster-System geführt wird. Gerade der unmittelbare, spontane Austausch zwischen Regierung und Opposition offenbarte einen dynamischen – und aus deutscher Perspektive ungewohnten – politischen Stil.

Ein besonders prägendes Gespräch führten wir mit Greg Fergus, dem ehemaligen Speaker des Unterhauses. Themen waren die Verteidigung demokratischer Grundwerte, die transatlantische Partnerschaft sowie Fragen wirtschaftlicher Resilienz. Seine Klarheit und zugleich diplomatische Offenheit machten das Gespräch zu einem der inspirierendsten der Reise. Auch unser Treffen mit Anthony Carricato, Direktor für internationale Angelegenheiten im Büro des Speakers, lieferte wertvolle Einblicke in die institutionellen Unterschiede zum Bundestag – etwa in der Rolle von Fraktionsdisziplin, Parteistrukturen und parteiübergreifendem Konsens.

Einen weiteren Blickwinkel eröffnete uns das Gespräch mit der Kommunikationsberatung Earncliffe Strategies. Im Zentrum stand die strategische Gestaltung von Wahlkämpfen, das politische Agenda-Setting und die veränderte Medienlogik in Kanada. Hier wurde sichtbar, wie stark sich die Anforderungen an politische Kommunikation weltweit gewandelt haben – und wie wichtig es ist, liberale Narrative digital anschlussfähig zu formulieren.



Ein zentrales Element der Reise war der Austausch mit Jugendorganisationen – denn wer den Liberalismus international denken will, muss mit der eigenen Generation beginnen. In Ottawa trafen wir die Young Liberals of Canada und ihren Vorsitzenden Liam Olsen und in Washington tauschten wir uns mit Sam Hudis von den Young Democrats aus – ergänzt durch zwei Wahlkämpferinnen, Katie und Olivia, die an demokratischen Kampagnen beteiligt waren. Der professionelle, datengestützte Umgang mit Themenplatzierung, Wählermobilisierung und digitaler Kommunikation war beeindruckend.

Ein gelungener transatlantischer Austausch

Diese Reise war mehr als ein Blick über den Tellerrand – sie war eine intensive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen liberaler Politik in Zeiten globaler Umbrüche. Sie hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, über Ländergrenzen hinweg gemeinsam an liberalen Antworten zu arbeiten – auf Fragen der Technologiepolitik, der internationalen Wirtschaftsordnung und der Verteidigung offener Gesellschaften.

Unser Dank gilt der Friedrich-Nauemann-Stiftung für die Freiheit und besonders Martin Biesel, der uns nicht nur organisatorisch, sondern auch intellektuell begleitet hat. Mit politischem Gespür, umfassendem Netzwerk und echtem Interesse an unserem Dialog

hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Reise uns nachhaltig bereichert hat – inhaltlich, strategisch und persönlich.



Wissen schafft FREIHEIT, Freiheit schafft WISSEN

WIE STEHT ES UM DIE
WISSENSCHAFTLICHE FREIHEIT
IN DEUTSCHLAND?

Aus einer Mahnung wird Gewissheit

Wissen schafft Freiheit! Dass durch Wissen Freiheit entsteht und für neues Wissen Freiheit benötigt wird, gehört zum kleinen Ein-Mal-Eins des organisierten Liberalismus. Auch in der Wissenschaft würde kaum jemand bestreiten, dass nicht eine gewisse Freiheit benötigt wird, um einen Erkenntnisgewinn zu erzeugen.

So weit – so Konsens. Genau der endet aber dann, wenn es um die Beurteilung der tatsächlichen wissenschaftlichen Freiheit geht. Die Liberalen Hochschulgruppen sind hier in den letzten Jahren als Mahner aufgetreten. Dass aber die wissenschaftliche Freiheit in Gefahr sei, das wollte sonst insbesondere die politischen Mitbewerber – niemand wahrhaben. Im Gegenteil: Einschnitte der Freiheit wurden geleugnet. Geleugnet auf der Basis von Gefühlen, während man den Liberalen einreden wollte, dass sie sich das alles in einer Paranoia vor Zwang einbilden würden.

Ja, es gibt weiterhin wissenschaftliche Freiheit in Deutschland. Aber das Anmahnen ihrer Einschnitte basiert eben nicht auf Gefühlen, sondern Fakten. Jährlich kann man sich diese im Academic Freedom Index vor Augen führen. Und der zeigt, dass die Liberalen mit ihrem Standpunkt richtig liegen. Seit 2022 sinkt der Grad wissenschaftlicher Freiheit in Deutschland. Zuletzt waren unsere Wissenschaftler 1989 weniger frei in ihrer Arbeit. Aber woran liegt das eigentlich?

Druck von Unten: Die Studentenschaft

Die Studentenschaft ist politisch, das war sie schon immer und das ist gut so. Zumindest in den allermeisten Bereichen. Und in der Regel hört man relativ wenig von den Vorgängen innerhalb dieser. Wenn man von ihr hört, dann weil sie negative Schlagzeilen macht. Und auch wenn es eine klei-

ne, laute und aktivistische Minderheit ist, ihre Auswirkungen sind nicht zu vernachlässigen.

Durch Proteste gegen Auftritte und Vorträge wird seit Jahren gegen unliebsame Ansichten vorgegangen. Boykottaktionen gegen Dozenten eingeschlossen. Dabei ist von Protest bis Blockade alles dabei, mit der Tendenz zur steigenden Gewaltbereitschaft. Den traurigen Höhepunkt haben zuletzt die antisemitischen Proteste, Blockaden und Camps gebildet. Forschende werden in Kategorien – betroffen und nicht betroffen – eingeteilt. Anhand von Identitätsmerkmalen, wie Hautfarbe, Religion und Sexualität wird festgemacht, wer zu was forschen und wer sich zu was äußern darf. Wirklich trennscharf ist das nicht unbedingt, solange denn die Aussage stimmt. Ein Trend, der auch in der wissenschaftlichen Community zugenommen hat.

Beides führt zu einer Cancel-Culture. Daraus resultiert wiederum eine Selbstzensur. Forscher beschränken sich auf Bereiche, die ihnen keinen Ärger machen werden. Studenten sagen Meinungen nicht, um nicht ausgegrenzt zu werden. Der Meinungskorridor verengt sich. Der Grad wissenschaftlicher Freiheit sinkt.

Druck von Innen: Die Hochschulen

Aber nicht nur die Studenten und Teile der wissenschaftlichen Community üben Druck aus. Es sind auch die Hochschulen selbst, die ihre Wissenschaftler beschränken. Dies kann beispielsweise durch Ethikräte geschehen, die den Begriff Forschungsethik zu eng fassen.

Viel häufiger jedoch sind freiwillige Verpflichtungen, die sich die Hochschulen geben. Die Bekannteste davon möchte ich hervorheben: Die Zivilklausel. Hochschulen, die sich eine Zivilklausel geben, verpflichten sich, keine militärischen Forschungen zu betreiben, also keine Finanzierungen über das Militär anzunehmen.

Aber was bedeutet das konkret? Das bedeutet, dass das Individualrecht der Wissenschaftsfreiheit kollektiviert wird. Wissenschaftsfreiheit gelte nicht für den einzelnen Wissenschaftler, sondern für die Kollektiveinheit Hochschule. Und weil diese ja gerade über autonome Selbstverwaltungen verfügen, sei es nur richtig, dass sie sich selbst diese Regeln gäbe. Wie immer, wenn etwas vergemeinschaftet wird, wird gleichzeitig jemand entrechtet. In diesem konkreten Fall bedeutet das den Bruch

von Rechten mit Verfassungsrang oder viel eher dem Entzug dessen. Zivilklauseln beschränken nicht nur die Forschung an sich, sie entrechteten die Forscher selbst.

Dieser Umstand, wie auch weitere Selbstverpflichtungen, Einschränkungen und linke Versuche Individualrechte auf Kollektivkörper zu beziehen, sind Gift für die akademische Freiheit dieses Landes. Deshalb müssen diese individuellen Rechte, die Wissenschaftlern zustehen, gestärkt werden. Einschnitte durch ein Kollektiv, basierend auf Hochschulwahlbeteiligungen von 5-15%, sind abzulehnen und müssen politisch verunmöglicht werden.

Druck von Oben: Der Staat

Wie immer, wenn es um Freiheit geht, hat der Staat etwas mitzureden oder viel eher seine Finger im Spiel. Der Staat verfügt über drei Instrumente, die tief in die wissenschaftliche Freiheit eingreifen.

Am offensichtlichsten: Regulierungen. Der deutsche Bürokrat ist bekannt dafür, flächendeckend zu regulieren. Und wenn der deutsche Staat etwas vergessen hat zu regulieren, dann ist auf des Staates Staat Verlass. Die EU reguliert gerne mal, was es noch gar nicht gibt. Und das vor allem in den Zukunftsfeldern: Ganz egal ob Kernkraft, Stammzellen, Gentechnik, Künstliche Intelligenz oder Tierversuche, die Instanzen regulieren. Dass sich diese Regulierungen negativ auf die wissenschaftliche Freiheit ausüben, erklärt sich von selbst.

Eher im verdeckten agiert der Staat mit Fördermitteln. Förderprogramme für gewisse Forschungen werden zum goldenen Zügel. Die Abhängigkeit von staatlichen Förderungen ist mittlerweile so hoch, dass Hochschulen ganze Teams unterhalten, die für erfolgreiche Förderbescheide sorgen sollen und darauf gezielt geschult werden. Wer Wissenschaft mit Finanzen lenkt, der begrenzt sie in ihrer Freiheit – nur auf anderem Wege. Für die meisten Menschen unsichtbar ist die Grundfinanzierung der Hochschulen. Der Sparzwang in den Länderhaushalten führte in den letzten Jahren zu Kürzungen. Bei gleichzeitig steigenden Tarifverpflichtungen führt das zu einer doppelten Verknappung der Mittel. Das führt im Extremfall zu Schließungen ganzer Studiengänge, kleineren Forschungsteams und verhindert die Anschaffungen von modernsten Instrumenten. Darunter leidet dann die Qualität der Forschung und Lehre, als auch die wissenschaftliche Freiheit.

Was daraus folgt

Für die meisten Probleme unserer Zeit sind die Lösungen noch nicht entdeckt worden. Unsere Wissenschaft braucht die größtmögliche Freiheit, um für Fortschritt zu sorgen. Regulierungen zukunftssträchtiger Bereiche müssen sukzessive abgebaut werden. Gleichzeitig müssen die Hochschulen auskömmlich finanziert werden und weitere Einnahmequellen ermöglicht werden. Denkbar wären nachgelagerte Studiengebühren. Das Förderwesen muss eingestampft und dafür die Grundfinanzierung angehoben werden.

Hochschuleigenen Begrenzungen der wissenschaftlichen Freiheit sollte vorgebeugt werden, beispielsweise durch eine politische Verunmöglichung der Kollektivierung von Individualrechten. Aber auch durch einheitliche, transparente Regeln für wissenschaftliche Ethikräte.

Und in der Studentenschaft, da hilft nur Gegenwind. Stimmen, die sich hinter Wissenschaftler mit kontroversen Meinungen stellen, zum Schutz der Freiheit sie zu vertreten. Gleichzeitig muss es Gegendruck geben: Wenn Präsidien vor dem linksaktivistischen Mob einknicken und Veranstaltungen absagen, dann muss es eine Stimme geben die auf die Durchführung der Veranstaltung drängt. Es muss Personen geben, die sich äußern, auch wenn sie nicht im Opferbingo der kritischen Theorie den Hauptpreis geholt haben. Es muss Bewegungen geben, die nicht nur im Zweifel für die Freiheit streiten. Am Ende braucht es eine Kraft innerhalb der Studentenschaft, die gegensteuert und einen anderen Weg präsentiert. Seid Teil des Unterschieds, statt stumpfe Beobachter und bringt euch ein. Niemand wartet auf uns oder würde sich für uns einsetzen.



TEXT: JAN-LUKAS GESCHER (27)
ist Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen, studiert Politikwissenschaft und Soziologie und arbeitet in einem Wahlkreisbüro. Ihr erreicht ihn über gescher@bundes-lhg.de

Der Liberalismus in Deutschland ist tot?

I DOUBT IT

Gibt es die FDP eigentlich noch?

Eine Frage, die sich manche seit der Bundestagswahl berechtigterweise stellen. Mit dem Ziel, die modernste Partei Deutschlands zu werden, leitete Christian Dürr den Wandel der FDP ein, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Und seitdem? Funkstille.

Die politische Mitte braucht Stärke

In Zeiten, in denen extremistische Kräfte europaweit erstarken, braucht es eine handlungsfähige Mitte. Wenn Kampfbegriffe wie Remigration oder Demokratischer Sozialismus normalisiert werden, braucht es Inhalte, die funktionieren und Vertrauen schaffen. Besonders wir Julis haben hier eine entscheidende Aufgabe. Bei der letzten Bundestagswahl wählten 52 % der unter 25-Jährigen Extremisten. Ein erschreckendes Ergebnis mit fatalen Folgen für unsere Generation.

Vater Staat ist nicht dein Erziehungsberechtigter

Ein Satz von Christian Lindner, der aktueller nicht sein könnte. Viele akzeptieren Überregulierung und Bürokratie, ohne sie kritisch zu hinterfragen. Besonders Parteien des linken Spektrums fallen immer wieder mit Ideen auf, die auf absolute Kontrolle hinauslaufen. Von Forderungen nach einem Tempolimit bis zu staatlichen Lebensmittelaufsichten, die Preise regulieren und die Grundmechanismen der Marktwirtschaft aushebeln.

Wir Liberale müssen uns entschieden gegen einen solchen Kontrollstaat stellen. Der Staat muss stark sein in seinen Kernaufgaben, aber sich aus Privatleben und Wirtschaft heraushalten. Insbesondere in Extremfällen wie Argentinien beweist sich, wie ein Land durch den Liberalismus aufblüht.

Gerade wir Julis müssen jungen Menschen vermitteln, warum das wichtig ist: ein starker Staat bei Bildung, Infrastruktur, Innerer Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, aber kein Staat, der alles regeln will und am Ende Wohlstand und Freiheit zerstört.

2021 kam die FDP gerade deshalb bei jungen Wählern gut an. Wir sind die einzige Partei, die so konsequent für Freiheitsrechte einsteht. Genau das muss wieder deutlich werden. Freiheit ist nicht nur ein schönes Wort, sondern die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Was es jetzt braucht

- Eine funktionierende Marktwirtschaft, frei von Bürokratie, die Innovation ermöglicht und Leistung belohnt.
 - Eine Altersvorsorge, die dank Kapitaldeckung auch morgen noch funktioniert.
 - Eine Migrationspolitik, die Integration fördert und keine Toleranz für Menschen zeigt, die unsere Werte verachten und Systeme ausnutzen.
 - Realpolitik, die die Realität der Bürger wahrnimmt und eine klare Linie fährt.
- All das muss kommuniziert werden. Ein Weiter so führt in die Bedeutungslosigkeit.

Klare Ziele statt Verunsicherung

Es braucht klare abgestimmte Ziele, nicht parteiinterne Chaosdebatten wie bei der Migration im Januar 2025. Wenn Bürger glauben, die FDP wisse selbst nicht mehr, wofür sie steht, ist das gefährlicher als jede schlechte Umfrage.

Präsenz statt Schweigen

Extremisten erhalten so viel Zuspruch, weil sie präsent sind. Jedes soziale Medium ist voll mit Memes und Clips von AfD oder Linken. Diese Plattformen dürfen wir nicht den Extremisten überlassen. Wir müssen sie gezielt für uns nutzen – mutig, frech, pointiert. Poli-



TEXT: JAMIE HASSELBERG (19)
ist seit Ende 2024 politisch bei den Julis aktiv und engagiert sich insbesondere in der Kommunalpolitik in Buchholz i.d.N. Seine Themenschwerpunkte sind Migration, Wirtschaft und Generationengerechtigkeit. Er ist erreichbar unter: jamie.hasselberg@gmx.de

sche Inhalte sind nicht zu komplex für TikTok. Sie werden nur oft zu langweilig erzählt.

Die Julis Ulm-Bierbach zeigen, wie Social Media mit frechen, anekdotischen Beiträgen funktioniert. Diese Chance sollten wir nutzen. Auch Kooperationen mit Kanälen und Personen wie Neoliberale Aktion oder Ulf Poschardt sind wichtig, um Reichweite zu nutzen und Kritik aufzunehmen.

Mehr als Likes – echte Basisarbeit

Doch Social Media allein reicht nicht. Präsenz heißt auch: Infostände, Veranstaltungen, Schulbesuche. In Schulen darf es nicht nur Klimastreik und Antifa geben, sondern auch liberale Angebote.

Wir brauchen Mut zur unbequemen Wahrheit

Die liberale Antwort ist selten populär, aber ehrlich. Wir können nicht jedem alles versprechen. Aber wir können sagen, dass Freiheit, Eigenverantwortung und Leistung die Grundlage für Wohlstand sind.

Es ist Zeit, dass die liberale Mitte wieder attraktiv wird. Wir Julis können das aktiv mitgestalten. Jeder Beitrag, jede Veranstaltung, jeder Flyer trägt dazu bei, dass Menschen uns im Bewusstsein haben. Politik verändert sich nicht von allein. Sie verändert sich, wenn Menschen sie verändern.

Ich bin überzeugt: Mit klarer liberaler Programmatik, die auch unbequeme Wahrheiten ausdrückt, kommen wir wieder zu alter Stärke.



Die Parolen „Tod Amerika, Tod Israel“, die 1979 durch Teheran hallten, markierten den Beginn einer tiefgreifenden politischen Wende im Iran. Die Islamische Revolution stürzte den westlich orientierten Schah Mohammad Reza Pahlavi und ersetzte seine Monarchie durch eine theokratische Islamische Republik unter der Führung von Ayatollah Ruhollah Khomeini. Dieser Umbruch, der durch die strategische Nutzung der Medien und eine breite, zunächst heterogene Koalition getragen wurde, gab dem politischen und radikalen Islam im Nahen Osten starken Auftrieb. Viele, die anfänglich mit Khomeini sympathisierten, darunter Linke und Säkularisten, hofften auf gesellschaftliche Öffnung und Pluralität. Sie wurden jedoch schnell enttäuscht, als der politische Islam das Machtmonopol übernahm und religiösen Konformismus zur Staatsdoktrin erhob.

Diese Entwicklung war ein Verrat an den Hoffnungen auf mehr politische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, für die die Menschen ursprünglich gekämpft hatten. Ein zentrales Machtinstrument der Islamischen Republik wurde die iranische Revolutionsgarde. Ursprünglich als Miliz zum Schutz der Revolution gegründet, entwickelte sie sich zur dominierenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kraft des Landes. Durch die Übernahme strategischer Unternehmen, kontrolliert sie heute Schlüsselbereiche wie Handel, Bauwirtschaft, Medien und agiert als ein „Staat im Staat“. Im Inneren des Landes leidet die Bevölkerung seit Jahrzehnten unter wachsender Armut, Inflation und repressiver Überwachung. Proteste werden brutal unterdrückt, wie die Frauenproteste im September 2022 nach dem Tod von Jina Masha Amini, die verhaftet wurde, weil ihr Kopftuch nicht richtig saß. Journalisten und Menschenrechtsverteidiger werden verfolgt, und jegliche Forderungen nach Reformen als Bedrohung für die nationale Sicherheit gebrandmarkt. In der Außenpolitik nutzt der Iran die sogenannte „Geiseldiplomatie“, bei der Doppelstaatler festgenommen werden, um diplomatischen Druck auf westliche Regierungen auszuüben.

Gleichzeitig instrumentalisiert die Revolutionsgarde Stellvertretergruppen wie die Hisbollah im Libanon und die Houthis-Milizen im Jemen, um die eigene geopolitische Position zu stärken und Rivalen wie Israel oder die USA zu schwächen. Wirtschaftlich hat das Regime Wege gefunden, Sanktionen zu umgehen, etwa durch sogenannte „Geisterflotten“, die iranisches Öl per Schiff zu-

Mullahs unter DRUCK

Der Iran zwischen islamistischer Herrschaft und dem Traum von einer neuen Zukunft

Schiff-Transfer weltweit verschiffen. Dies zeigt die Grenzen internationaler Sanktionen auf, wenn eine konsequente Durchsetzung fehlt. Die ohnehin angespannte Lage eskalierte im Juni 2025. Israel startete eine breit angelegte Offensive gegen iranische Nuklear- und Militäranlagen. Am 22. Juni beteiligten sich auch die USA an den Angriffen, um die Urananreicherungs Kapazitäten zu zerstören und eine nukleare Bedrohung einzudämmen. Nach zwölf Tagen intensiver Angriffe trat eine Waffenruhe in Kraft. Die Internationale Atomenergiebehörde zeigte sich besorgt über die nukleare Sicherheit. Der Iran beendete daraufhin die Zusammenarbeit mit den Inspektoren. Berichte deuten darauf hin, dass das Atomprogramm nur um einige Monate bis maximal zwei Jahre zurückgeworfen wurde.

Aus europäischer Sicht stellt sich die Frage, wie eine Politik der nuklearen Eindämmung mit einer langfristigen Strategie der Deeskalation und Demokratisierung verbunden werden kann. Militärische Schläge bieten

keine strukturellen Lösungen für die Probleme im Iran und in der Region. Gleichzeitig wächst im Inneren des Landes der Druck auf das Regime. Die jüngsten Proteste – sei es gegen die Hijabpflicht, die wirtschaftliche Misere oder die politische Repression – zeigen eine Gesellschaft im Wandel. Sie fordert Freiheit, politische Teilhabe und eine Zukunft, die nicht von theologischer Dogmatik bestimmt wird. Diese Stimmen verdienen stärkere internationale Solidarität.

Eine durchsetzungsfähige deutsche Außenpolitik, sollte nicht nur auf militärische Maßnahmen anderer Mächte blicken, sondern den Freiheitsdrang der iranischen Zivilgesellschaft aktiv unterstützen. Der Traum von einem offenen, demokratischen Iran lebt trotz aller Repressionen und Angriffe. Der Ausgang dieser vielschichtigen Krise wird nicht nur das Schicksal der Islamischen Republik entscheiden, sondern auch die künftige Rolle von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie im Nahen Osten maßgeblich beeinflussen.



TEXT: FYNN GABRIEL REUTHER (20)
studiert ab Oktober Psychologie. Ihr erreicht ihn unter Fynn.reuther@icloud.com



Zum Abschied: EIN APPELL

Liebe JuLis,

nach beinahe vier Jahren ist dies die letzte Ausgabe unseres Magazins, die in meine Amtszeit als euer stellvertretender Bundesvorsitzender (und Verantwortlicher für dieses Magazin) fällt, und ich habe zu diesem Anlass ein paar Gedanken aufgeschrieben, die mir viel bedeuten.

Die Stimme der Freiheit droht zu verstummen

Im September wählen wir einen neuen Bundesvorstand. Er wird eine schwierige Aufgabe übernehmen. Eine Woche vor unserem Bundeskongress finden im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt. Meine Befürchtung: Die FDP wird sich von 5,5% 2020 kommend klar verschlechtern und viele ihrer ca. 1.000 kommunalen Mandatsträger verlieren. Das wird der nächste Schlag nach unserer Pleite bei der Bundestagswahl sein – es ist offen, ob die Freien Demokraten sich davon erholen können.

Ich schreibe das nicht aus Gehässigkeit. Während diese Zeilen entstehen, bin ich selbst mitten im Wahlkampf mit „meinem“ FDP-Kreisverband in Münster, dem ich seit 2020 vorsitzen darf und dessen Mitglieder wie so viele in NRW ein weitaus besseres Ergebnis verdient hätten, als die politische Lage es uns zugestanden haben wird. Ich schreibe das nicht, um schlechte Stimmung zu verbreiten; sondern weil mir wichtig ist, dass wir alle wissen, was auf dem Spiel steht. Die politische Stimme der Freiheit droht zu verstummen.

Ich bin der Überzeugung, dass der Zustand der FDP (unabhängig von seiner Begründung) ein Symptom ist. Er weist auf den Zustand unserer Gesellschaft. Es steht



schlecht um die offene Gesellschaft und unsere liberale Demokratie.

Brosius-Gersdorf: Eine Fallstudie

Wir sehen das exemplarisch an dem Skandal, der sich rund um die (Nicht-)Wahl von Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf als Verfassungsrichterin entsponnen hat. Diese Debatte hat deutlich und schmerzhaft gezeigt, wie weit sich der identitätspolitische Kulturkampf von links und rechts bereits ins demokratische Zentrum gegraben hat und wie nachhaltig und umfassend unsere politische Kultur beschädigt wird.

Es ging in dieser Debatte immer wieder um verschiedene Positionen, letztendlich ausschlaggebend waren Erwägungen zum

Schwangerschaftsabbruch. Die von Prof. Dr. Brosius-Gersdorf, im Rahmen der von der Ampel eingesetzten Kommission angestellten Überlegungen liefen auf eine Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in der Frühphase der Schwangerschaft, nämlich in den ersten 12 Wochen hinaus (Zur Erinnerung: Der Abbruch ist aktuell rechtswidrig, aber in den ersten 12 Wochen straf-frei). Diese Haltung bleibt damit hinter der 16-Wochen-Forderung der Jungen Liberalen zurück. Diese Position ist nicht unumstritten, wir haben sie mehrheitlich auf einem Bundeskongress formuliert. Ich wage zu behaupten: Debatten, die bei den Jungen Liberalen geführt werden, finden in der Mitte der Gesellschaft statt. Das Framing der Positionierung von Frau Brosius-Gersdorf als „ultralinks“, auch von selbsternann-

ten Bürgerlichen übernommen, zeigt daher eindrucksvoll die absurden Dimensionen, die diese Debatte angenommen hat.

Dabei müssen wir mindestens bei Teilen der Debatte von einer Kampagne sprechen, die gezielt von rechtsaußen angestoßen und befeuert wurde. Diese Feststellung soll und darf legitime Kritik an Positionen der Kandidatin nicht pauschal entkräften. Ich muss das betonen, weil schon die Formulierung dieses Absatzes in unserem derzeitigen gesellschaftlichen Klima keinen Common Sense mehr darstellt. Es gibt kaum Platz für Differenzierung oder Sachlichkeit.

Man muss diese Kampagne deshalb vor dem Hintergrund der erst kürzlich von Politico veröffentlichten Strategie der AfD einordnen, die bewusst auf gesellschaftliche Polarisierung und Vertiefung von Gräben zwischen den, von Christian Lindner begrifflich geprägten, „Parteien des demokratischen Zentrums“ setzen. In diesen Gräben gehen Liberale wortwörtlich Verschütt, den Beleg liefern (längst nicht nur) aktuelle Umfragewerte.

Schlachtfelder des Kulturkampfes

Diese Kampagne hatte Frau Brosius-Gersdorf zur Zielscheibe, es geht jedoch um wesentlich mehr als die Beschädigung einer Person. Es geht um die Voraussetzung dieser Beschädigung: Die kulturelle Vormachtstellung.

Debatten wie diese haben das Ziel, immer weitere Themenfelder durch Politisierung zu Schlachtfeldern des Kulturkampfes zu machen. In der Vergangenheit haben politische Positionen der Kandidaten fürs BVerfG (egal, ob links, rechts oder liberal) nicht zu solchen Diskussionen geführt. Es ist in meinen Augen eine absurde Entwicklung – die implizite Erwartung scheint zu sein, dass Richter keine kontroversen politischen Haltungen haben dürfen. Das Gegenteil wäre richtig: Wir dürfen von Richtern, gerade am BVerfG, erwarten, dass sie persönliche politische Haltung und rechtliche Entscheidungen trennen können, wie es in der Vergangenheit stets funktioniert hat. Dass es dazu keine Bereitschaft (mehr) gibt, zeigt, wie sehr das Vertrauen in unsere Institutionen in Wahrheit bereits gelitten hat. Denn ich will an dieser Stelle einschieben: Diese Krankheit hat nicht nur die Union befallen. Erst vor einem halben Jahr haben die Grünen einen konservativen Richter mit ähnlicher Methode verhindert. Sie haben sich geschickter angestellt und

nie Zustimmung signalisiert – in der Sache bleibt ihr Vorgehen verachtenswert.

Man muss meine Diagnose der gesellschaftlichen Entwicklung nicht teilen – erst recht nicht die wertende Analyse der Geschehnisse. Anzuerkennen ist aber der Fakt, dass rechtsradikale und -extreme Kräfte genau auf diese Entwicklung hoffen. Mehr noch; diese Entwicklung befördern. Denn nichts anderes ist das Ziel der Ausweitung des Kampfes um kulturelle Vormacht: So wird der Vertrauensverlust in die Institutionen unserer Demokratie und letztlich in unsere Staatsform selbst betrieben.

„Die Braunen müssen nichts mehr machen“

Und dennoch fühlen sich sowohl Union als auch SPD und Grüne bemüht, an diesem Kampf teilzunehmen. Dadurch spielen sie das Spiel des politischen Gegners und machen sich zum nützlichen Idioten. Die einzigen Profiteure sitzen an den Rändern, wie die sogenannte Alternative für Deutschland richtig erkannt hat. Wie Wolfgang Kubicki so treffend die erste Umfrage kommentierte, die die AfD nun als bundesweit stärkste Kraft sieht: „Die Braunen müssen nichts mehr machen.“

Ich will es zuspitzen: Der Kulturkampf, den ich hier als Phänomen nur umrissen, keineswegs erschöpfend analysiert habe, ist ein Schachspiel, dessen Züge nicht im demokratischen Zentrum geplant werden. Für uns bleibt nichts als die Bauernrolle.

„Bürgerliche Werte wie Anstand, Respekt und Verantwortungsbewusstsein“

Wer trotz dieser Faktenlage überzeugt ist, den Kulturkampf erfolgreich für liberale Anliegen kapern zu können, der muss sich den Vorwurf bemerkenswerter Überheblichkeit und strategischer Naivität gefallen lassen. Mir bleiben die Worte von Frau Brosius-Gersdorf im Gedächtnis haften, sie waren für mich der Kernsatz ihrer Verzichtserklärung:

„Von politisch verantwortlichen Funktionsträgern wie Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die für bürgerliche Werte wie Anstand, Respekt und Verantwortungsbewusstsein stehen, darf und muss man erwarten, dass Grundlage ihrer Entscheidung nicht ungeprüfte Behauptungen und Stimmungen, sondern Quellen- und Faktenanalysen sind.“

Man muss zynisch feststellen: Bürgerliche Werte haben i(n unsere)m bürger-

lichen Lager keine Konjunktur mehr. Ich selbst kenne zahlreiche Menschen, die sich das Etikett „bürgerlich“ verleihen, ohne je einen dieser Werte damit verbunden zu haben.

Ein politisches Alleinstellungsmerkmal

Was folgt? An die Suche nach einer Lösung will ich meinen Appell knüpfen:

Liebe JuLis, lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass einer liberalen Kraft die Rückkehr in die politische Relevanz gelingt.

Diese wäre eine Kraft, die Kulturkämpfe weder austrägt noch sich ihrer enthält. Eine Kraft, die Gräben bewusst zuschüttet, wenn andere sie aufreißen. Die die eigene Position nicht in Polemisierung oder Polarisierung, sondern in Differenzierung erkennt und den Zwischenton konsequent vertritt.

Beweisen wir echten Mut. Entwickeln wir eine Gegenkultur, statt dem Zeitgeist hinterherzulaufen.

Mit radikaler Höflichkeit das gesellschaftliche Klima herunterzukühlen und die sachliche Debatte wieder anschlussfähig zu machen – dieses Projekt wäre ein echtes Alleinstellungsmerkmal. Es wäre einer liberalen Kraft würdig.

Und deshalb will ich nach all der Zeit, die ich diesem Verband geben durfte, mit diesen Worten enden: Liebe JuLis, seid mutig. Bleibt nicht, wie ihr seid. Sondern ändert euch und ändert unsere Gesellschaft. Wenn wir Verteidiger der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie bleiben wollen, ist das bitter nötig.

Euer Paavo



TEXT: PAAVO CZWIKLA (30)
ist seit 2021 stellv. Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen und studiert Philosophie. Für seine Abschlussarbeit forscht er u.a. zur politischen Philosophie Carl Schmitts. Du erreichst ihn unter czwikla@julis.de

Durch die Augen eines ERSTWÄHLERS



Wir leben in einer Zeit wachsender Unsicherheit. **Die Welt verändert sich schneller und tiefgreifender** als viele es wahrhaben wollen. Auch Deutschlands Rahmenbedingungen haben sich stark verändert – und werden es weiter tun. Doch statt angemessen zu reagieren, schlittern wir teils sehenden, teils fahrlässig blinden Auges in die damit einhergehenden Probleme hinein.

Die Koalitionsparteien bekämpfen sich in Symboldebatten und einigen sich lediglich auf neue Schulden, statt den längst überfälligen, häufig versprochenen Kurswechsel vorzunehmen. Statt den Karren aus dem Dreck zu ziehen, legen wir uns oft noch zusätzliche Steine in den Weg. Unsere Debatten sind geprägt von Moralisierung und populistischer Selbstinszenierung für das eigene Publikum. Echte Toleranz und Diskussion in der Sache finden kaum statt, stattdessen sehen wir einen zunehmenden Mangel an

Differenzierung und nüchterner Analyse – beides Grundlagen konstruktiver Debatten. Statt zu versuchen, einander zu verstehen, wird immer öfter versucht, einander möglichst medienwirksam zu missverstehen. In dieser Situation wird nichts dringender gebraucht als die unüberhörbare Stimme eines ehrlichen Liberalismus, der seinem Selbstanspruch gerecht wird.

Was Liberalismus ist und warum er gebraucht wird

Liberalismus beginnt mit einer einfachen, aber weitreichenden Überzeugung: Der

Mensch ist ein selbstverantwortliches, freies Individuum – und er soll die größtmögliche Freiheit genießen dürfen, die mit den gleichen Rechten und Freiheiten aller anderen vereinbar ist. Ein Liberaler traut den Menschen zu, ihr Leben eigenständig zu gestalten, Chancen zu ergreifen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Er weiß, dass Freiheit ohne Verantwortung in Chaos, und Verantwortung ohne Freiheit in Tyrannei endet. Darum misst er politische Entscheidungen nicht an guten Absichten, sondern an ihren realen Wirkungen – und bekennt sich damit klar zur Verantwortungsethik. Liberalismus will

nicht Ergebnisgleichheit, sondern Chancengerechtigkeit. Jeder soll – unabhängig von Herkunft, Status, oder Weltanschauung – Zugang zu Bildung, wirtschaftlichen Möglichkeiten und persönlicher Entfaltung haben. Das setzt einen starken, aber klar begrenzten Staat voraus: einen Rechtsstaat, der Freiheit schützt, Willkür verhindert und sich selbst an Recht und Gesetz bindet. Der Liberalismus ist innovationsfreundlich, technologieoffen und neugierig. Fortschritt entsteht nur, wenn Ideen im offenen Wettbewerb erprobt werden dürfen – und wenn der Staat den Rahmen schützt, statt ihn zu ersticken. Ein Liberaler verteidigt Meinungsfreiheit nicht nur für die, mit denen er übereinstimmt, sondern gerade für jene, deren Ansichten er entschieden ablehnt. Wirtschaftliche Freiheit begreift er als Fundament sozialen Wohlstands. Wertschöpfung schafft die Mittel für soziale Sicherheit – ohne sie zerfällt auch der Sozialstaat. Echter Liberalismus ist die Kraft, auf die man sich in Krisenzeiten verlassen kann, weil er weder in Untergangshysterie noch in Schönfärberei verfällt, sondern nüchtern analysiert, klare Prioritäten setzt und den Mut mitbringt, auch unpopuläre, aber notwendige Entscheidungen zu treffen. Richtig gelebt zeichnet er sich durch seine Ehrlichkeit in der Kommunikation aus, ungeachtet von Gegenwind und moralischer Überhöhung.

Kurz: Er schützt und erweitert die Freiheit und Verantwortung jedes Einzelnen – mit dem Ziel, das größtmögliche Maß an Wohlstand, Stabilität und menschlicher Würde zu erreichen – heute und auch für kommende Generationen. Dieser Liberalismus ist die sozialste Form der Politik überhaupt.

Selbstverständnis und Außenwahrnehmung

Leider liegt kaum etwas weiter auseinander als der hier beschriebene Selbstanspruch und die Wahrnehmung der FDP. Viele, die unsere Werte teilen, trauen uns nicht mehr zu, sie konsequent zu vertreten. Vielen anderen haben wir nie vermitteln können, was es bedeutet, liberal zu sein. Für viele sind wir die „Porsche-Partei“ – Synonym für Privilegien und taktisches Kalkül. Dieses Bild ist in gleichem Maße billig wie gefährlich. Es ist die rhetorische Zuspitzung eines Problems, das uns seit langem verfolgt: Wir haben die Deutungshoheit darüber verloren, warum wir die Marktwirtschaft verteidigen und wofür Liberalismus im Kern steht:

für die Freiheit jedes Einzelnen, aufwärts zu streben und Verantwortung zu übernehmen – als Grundlage gesellschaftlicher Stabilität. Die Freien Demokraten sind die einzige liberale Kraft in Deutschland. Daraus ergibt sich nicht automatisch Einfluss im politischen Tagesgeschäft – wohl aber eine besondere historische Verantwortung. Wenn wir den Liberalismus nicht angemessen vertreten, tut es niemand.

Ein neuer Stil – nicht linker, nicht rechter, sondern konsequenter liberal

Nach der Wahlniederlage forderten manche, die FDP müsse „linker“, oder „rechter“ werden. Wer so denkt, hat unsere Kernaufgabe nicht verstanden. Wir müssen konsequenter, klarer und ehrlicher liberal sein. Wir sind das Bollwerk gegen totalitäre Reflexe – egal aus welcher Richtung.

Unsere Bilanz zeigt zweierlei: Oft lagen wir inhaltlich richtig, waren aber kommunikativ zu zahm. Zu lange haben wir in Koalitionen Kompromisse gesucht, wo klare Konturen nötig gewesen wären. Radikale Ehrlichkeit ist kein Widerspruch zur inhaltlichen Tiefe – sie ist ihre Voraussetzung.

Bis 2029 müssen wir mit konsequenten, klar formulierten liberalen Positionen, spürbarem Verantwortungsbewusstsein und eben dieser Ehrlichkeit auffallen. Populistische, inhaltlich billig verkürzte Beiträge passen nicht zu unserem Selbstverständnis. Gerade deshalb ist es aber unabdingbar, unsere Inhalte laut und scharf, gerne auch zugespitzt und wenn nötig mutig und klar gegen den Strom zu vertreten. Wir führen einen Überlebenskampf. Wenn wir nicht laut sind, hört uns niemand, und dann bringen auch die besten Inhalte nichts.

Umgang mit den politischen Rändern

Das Erstarken der radikalen Ränder ist eine traurige, aber seit langem absehbare Entwicklung. Die Wut und die Enttäuschung vieler AfD-Wähler ist nachvollziehbar, ihre politischen Schlüsse sind jedoch gefährlich. Die AfD ist ebenso gesinnungsethisch und kollektivistisch geprägt wie ihre Hassfiguren bei den Grünen und ihr protektionistischer Kurs würde unserem Land massiv schaden. Da mit ihr jedoch niemand koalieren wird, ist der wichtigste Punkt folgender: Je größer die AfD, desto mehr Gewicht bekommt der linke Teil des politischen Spektrums. Linke Parteien ha-

ben kein strategisches Interesse daran, die AfD kleinzukriegen, denn das würde die liberale und konservative Mitte stärken, und sie unabhängiger von linken Kräften machen. Viele heutige AfD Wähler haben früher einmal liberal gewählt. Diese Stimmen zurückzugewinnen und ihnen im Liberalismus eine langfristige politische Heimat zu bieten, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben mit Blick auf 2029. Wir müssen die inhaltliche Unfähigkeit der AfD in offenen Debatten sichtbar machen.

Gleichzeitig müssen wir uns sowohl mit angebrachter Kritik an der Symbolpolitik und der Ideenlosigkeit der Regierung Merz, als auch im grundsätzlichen Kampf gegen Sozialismus und grüne Gesinnungsethik als liberale Kraft wieder neu profilieren. Dazu gehört es auch, die enormen Möglichkeiten der sozialen Medien endlich zu nutzen, um mit scharfem Ton für liberale Inhalte zu streiten. Besonders hier stehen auch wir als Jungliberale in der Verantwortung, alles zu geben.

Denn die besseren Argumente liegen schon lange auf dem Tisch. Es ist unsere Aufgabe, sie so zu präsentieren, dass sie Gehör finden: Laut und scharf im Ton, nüchtern in der Analyse, verantwortungsvoll in den Inhalten. Wir müssen als Kraft wahrgenommen werden, die den Ernst der Lage benennt, sich aber gerade deshalb nicht ideologisierten Untergangsstimmung hingibt, sondern durch Klarheit, Vernunft und liberalen Reformwillen Grund zu neuer, rationaler Hoffnung schafft. Nur so können wir die Deutungshoheit zurückgewinnen. Und nur so werden wir auch unserem Selbstanspruch als Liberale gerecht.

„In der Krise beweist sich der Charakter.“ Jetzt ist die Zeit zu zeigen, wozu Liberalismus gebraucht wird – und ihn mit allem, was wir haben, zu vertreten.



TEXT: KILIAN KÜSTER (15)
ist Schüler auf einem Gymnasium in Bonn.
Ihr erreicht ihn unter
kuester09@freenet.de

DIE WAHRE ARBEITSZEITKRISE



Wie der Staat den

Markt verdrängt



Unmittelbar am Tag vor seiner ersten Regierungserklärung, postulierte der Bundeskanzler Friedrich Merz beim Wirtschaftstag, dass die Deutschen wieder mehr und effizienter arbeiten, müssten. Damit stieß er eine wochenlange Debatte über die Arbeitsbereitschaft an, die davon gestützt wurde, dass die jüngsten Daten der OECD erneut Deutschland zum Schlusslicht der durchschnittlichen Arbeitszeiten erklärten. Die nachfolgende Debatte blieb jedoch an der Oberfläche der Datenlage hängen und war vielfach geprägt von anekdotischen Wuterzählungen frustrierter Mittelaltiger, die insbesondere jungen Menschen eine pauschale Faulheit unterstellen versuchten. Während die Entwicklung der Arbeitsleistung sich tatsächlich zum größten Wirtschaftsrisiko Deutschlands entwickelt hat, liegt die Ursache in Wahrheit bei der Politik und nicht den Arbeitnehmern. Gerade als liberale Familie mit dem Selbstverständnis einer Wirtschaftspartei, muss es unser Anspruch sein uns unideologisch mit den wirtschaftswissenschaftlichen Fakten auseinanderzusetzen und uns an die Seite der leistungstragenden Arbeitnehmer zu stellen, die die Arbeitszeit nur deswegen so drastisch reduzieren, weil es sich zunehmend weniger lohnt auf die eigene Leistung, statt der sozialstaatlichen Hängematte zu setzen.

(Warum) Ist sinkende Arbeit ein Problem?

Sowohl der Umfang als auch die anhaltende Dauer, über die sich die deutsche Arbeitsreduktion erstreckt stellen die Politik im Kern vor zwei Probleme, die grundsätzlich unterschiedlich verstanden werden müssen: das Finanzierungsproblem des Sozialstaates und die Verschlechterung des Wertschöpfungspotenzials.

Der deutsche Sozialstaat soll sich nahezu vollständig durch Abgaben auf Arbeits-

einkommen finanzieren. Entsprechend könnte ein erheblicher Rückgang zu fehlenden Einnahmen führen und somit das bereits herrschende Finanzierungsproblem verschärfen. Tatsächlich ist das statistische Instrument der durchschnittlichen Arbeitsstunden allerdings eine ungenügende Argumentationsgrundlage. Da die Einnahmen der Sozialversicherungen von zahlreichen anderen Faktoren - wie Beitragsätze, Produktivitätszuwächse und Leistungsumfang - abhängig ist, die im zeitlichen Verlauf ganz entscheidend nicht als konstant angenommen werden können, bedarf es relativ umfangreicher statistischer Analyse die unterschiedlichen Effekte unterscheiden zu können. Bemüht man sich dieses Aufwandes stellt man jedoch fest, dass die reine Reduktion der Arbeitszeit von Arbeitnehmern keinen nennenswerten Anteil hieran haben. Erst über die Entwicklung der jüngsten Jahre lässt sich feststellen, dass die Arbeitszeitreduktion der Arbeitnehmer die Produktivitätsgewinne übersteigen. Vielmehr sind es die Ausweitung der Ansprüche und die drastische Zunahme der reinen Leistungsbezieher, die den Finanzierungsdruck der Sozialversicherungen verursachen. Da sich dieser Finanzierungsdruck zunehmend in steigenden Abgaben widerspiegelt, ist es tatsächlich sogar so, dass das Finanzierungsproblem der Sozialversicherungen die Arbeitsreduktion zu verantworten hat.

In der mikroökonomischen Betrachtung verhält es sich so, dass die Arbeitnehmer permanent abwägen, inwiefern sie die begrenzte Zeit für Arbeit am Markt anbieten oder für persönliche Freizeit verwenden möchten. Unter individuellen Präferenzen ist es dabei entscheidend, welches verfügbare Einkommen sie aus ihrer Arbeit beziehen können und wie wichtig ihnen freizeitliche Aktivitäten im Vergleich dazu sind. Die wachsende Steuer- und Abgabenlast, sowie Verschlechterung der subjektiven

Kaufkraftgewichtung, als dominierendes Ergebnis der politischen Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte, führt in dieser Abwägung zwischen Arbeit und Freizeit zu einer einseitigen Verschlechterung zu Lasten der Arbeit. Für immer mehr Arbeitnehmer lohnt sich die Arbeit nicht ausreichend, um dafür auf Freizeit zu verzichten, was im Weiteren zu einer Verringerung der Arbeitszeit führt.

Es ist im Kern dieselbe Ursache, die bis dato so stark wie kein zweiter Effekt das Wertschöpfungspotenzial negativ beeinflusst hat. Die Auswirkungen sind hier jedoch erheblich drastischer, weil die Entwicklung des Wertschöpfungspotenzials letztlich vorgibt, welches Wirtschaftswachstum Deutschland überhaupt erreichen könnte, und somit sämtliche Bereiche betroffen sind, die Berührungspunkte zur wirtschaftlichen Entwicklung haben. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellte im aktuellen Frühjahrsgutachten 2025 fest, dass das deutsche Wachstumspotenzial seit 2016 um etwa einen Prozentpunkt zurückgefallen ist, wofür das abnehmende Arbeitsvolumen als Hauptursache identifiziert wird. Dem Gutachten nach steht die deutsche Wirtschaft deswegen heute vor einem entscheidenden Wendepunkt. Für die kommenden Jahre wird erstmalig ein langfristiger Trend mit einer negativen Arbeitsvolumenentwicklung prognostiziert. Während dabei die Arbeitszeitreduktion der Arbeitnehmer noch sehr konservativ geschätzt wird, nimmt fortan der Wegfall des Bevölkerungsteil im Erwerbsalter ein Ausmaß an, dass nicht länger durch



Zuwanderung und eine Verbesserung des Arbeitsmarktes aufgefangen werden kann. Letztere hatten die Negativfolgen bis zuletzt noch weitestgehend ausgleichen können. Im Ergebnis konstatieren die „Wirtschaftsweisen“ für das restliche Jahrzehnt ein Wachstumspotenzial von weniger als 0,5% pro Jahr.

Die Faulheitserzählung der jüngsten Debatte lässt sich so folglich in keiner Weise halten. Vielmehr müssen wir feststellen, dass die (sozial-)staatlichen Rahmenbedingungen dafür gesorgt haben, dass sich (i) zusätzliche Arbeit nicht mehr ausreichend lohnt und (ii) der vollständige Übergang vieler in die Abhängigkeit des Sozialstaates zu attraktiv geworden ist.

Politische Bewertung

Aus der rein wirtschaftlichen Betrachtung ist es folglich in der Tat problematisch, wenn die relative Arbeitszeit und das Arbeitsvolumen abnehmen. Dabei sind rein-theoretisch zahlreiche Handlungsmöglichkeiten denkbar, aber die politische Antwort spiegelt sich auch durch dessen moralischen Grundwerte wider. Eine Politik die grundsätzlich einen Staatsauftrag darin sieht, durch Intervention der freien Marktentscheidungen, die wirtschaftliche Entwicklung am Reißbrett zu orchestrieren, oder die Arbeitnehmer lediglich als Erfüllungsgehilfen des sozialstaatlichen Exzesses sieht, kommt den eigenen Werten nach folgerichtig zum Schluss, dass die Antwort in der Nötigung der Arbeitnehmer zu mehr Arbeit liegen muss.

So ist es nur denklogisch richtig, dass die Sozialdemokraten vorrangig auf positive Anreize durch sozialstaatliche Umverteilung und höhere Löhne nach dem Ideal des sozialistischen Klassenkampfes setzen. Und wenn Friedrich Merz verkündet, dass wir mit Arbeitsreduktion „den Wohlstand unseres Landes nicht erhalten können“, dann offenbart er damit auch, dass die Union vorrangig eine moralische Verpflichtung der Arbeitnehmer darin sieht, der gesamtdeutschen Wirtschaft und nicht den eigenen Interessen dienen zu müssen. Beiden Ansichten ist damit ein autoritäres Grundverständnis ge-

mein: Die Überzeugung, dass die Menschen dem Staat nach der Vorstellung der Politiker zu dienen hätten und eben nicht den eigenen Interessen und Präferenzen nach handeln sollten. Begreifen wir Liberale uns als eigenständige politische Strömung, dürfen wir uns mit keinem dieser Menschen- und Staatsverständnisse gemein machen. Es gilt vielmehr kategorisch die Eigeninteresseorientierten Marktergebnisse anzuerkennen und die individuellen Entscheidungen zu respektieren.

Regierte in Deutschland eine freie Marktwirtschaft, so folgte aus diesem Freiheitsdenken ein strenges Diktat der politischen Untätigkeit. Tatsächlich aber ist der drastische Trend zur Arbeitsreduktion nicht das Ergebnis eines freien Marktes, sondern es findet die Ursache vorrangig in sozialstaatlicher Übergriffigkeit, durch dessen Einwirken zusätzliche Arbeit für viele Menschen weniger Gewinn an Lebensqualität verspricht als die Freizeit, die durch weniger Arbeit gewonnen wird. Gleichzeitig treibt die Kehrseite des selben Sozialstaates erhebliche Bevölkerungsteile in die vollständige Untätigkeit. Vor diesem Hintergrund gibt sich ein klares Mandat für uns Liberale, um die Arbeitsbereitschaft wieder zu erhöhen können: Den radikalen Abbau negativer Einflussfaktoren mit dem Ziel, dass wieder die eigene Arbeit und nicht die sozialstaatliche Hängematte das Versprechen zum eigenen Wohlstand erfüllt.

Was haben wir getan? / Was sollten wir tun?

Was wie ein offensichtliches Selbstverständnis der Liberalen scheinen mag, fand sich zuletzt jedoch kaum in unseren politischen Forderungen wieder. Zwar forderten wir zur Bundestagswahl ausgiebige Entlastungen, allerdings überwiegend über die Einkommensbesteuerung. Dieser Fokus ist jedoch insofern verfehlt, als dass für die meisten Menschen die Sozialabgaben, und nicht die Besteuerung, die stärkste Belastung darstellt. Mit der Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsförderung verloren unsere Forderungen dann auch jede Überzeugungskraft, weil - berechnete Kritik an der Studie außen vorgelassen - die Quintessenz richtigerweise heißen musste, dass wir gerade nicht die leistungstragende Mitte entlasten wollten. Bei unseren Beschlüssen scheinen wir uns selbst zu schwer damit zu tun, den Sozialstaat sinnvoll einzuschränken und konsequent dem Leistungsgedanken zu unterwerfen.

Wer sich mit der Daten- und Studienlage tatsächlich tiefergehend auseinander-

setzt, als oberflächlich gegen angeblich faule Arbeitnehmer zu hetzen, muss zudem Anerkennen, dass es nicht die Schuld der Arbeitnehmer ist, dass es kaum in ihrem Selbstinteresse ist mehr zu arbeiten, sondern der Staat an allen Stellen den Leistungsträgern Steine in den Weg legt. Um schwerwiegende wirtschaftliche Folgen abwenden zu wollen, muss es oberste Priorität der gesamtpolitischen Ausrichtung sein, die Arbeitnehmer insbesondere bei den Sozialabgaben wirklich spürbar und dauerhaft zu entlasten. Wollen wir Leistungskürzungen als Ultima Ratio möglichst vermeiden, müssen wir zunächst alles daran setzen die vollständige Untätigkeit von Leistungsempfängern bei der Altersrente und dem Bürgergeld abzubauen. Anstatt dann Anreize für zusätzliche Überstunden von Vollzeitbeschäftigten zu konstruieren, muss es insbesondere darum gehen die Teilzeitfalle, von der Frauen besonders betroffen sind, abzubauen. Hierzu sind tiefgreifende Reformen in die Besteuerung von Ehepartner und Förderung von Eltern zu vollziehen, aber auch die Kinderbetreuung drastisch zu verbessern. Trotz der Simplizität dieser Maßnahmen bergen sie das größte Potenzial, um zusätzliches Arbeitspotenzial zu aktivieren. Es wäre der falsche und vor Allem freiheitsfeindlichste Ansatz uns dem wirtschaftsautoritären Denken der Sozialdemokraten und Konservativen anzunähern. Im Zentrum unserer arbeitspolitischen Ausrichtung muss konsequent stehen, dass Arbeitnehmer geleitet von ihrem Selbstinteresse für den eigenen Wohlstand Verantwortung übernehmen, entsprechend müssen sich Sozialleistungsempfänger dem Diktat unterwerfen, dass sich erst die Arbeit selbst ausreichend lohnen muss und erst danach die Finanzierung der Sozialsysteme ermöglicht werden kann. Alles andere wäre ein Verrat an liberalen und marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen.



TEXT: KEVIN NAUMANN (28)
studiert Quantitative Economics an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Ihr erreicht ihn unter naumann@julius.de

Faul, unverbindlich, arbeitsunfähig

– diese Vorurteile hört die Generation Z, der auch ich angehöre, immer wieder in Bezug auf ihre **Arbeitsmoral**



D

ie zwischen 1995 und 2010 Geborenen verfolgen eine andere Vorstellung von Arbeit als frühere Generationen: weniger Überstunden, klare Trennung von Arbeit und Privatleben und mehr Freizeit. Wir streben nach einer Balance zwischen beruflicher Notwendigkeit und persönlichem Wohlbefinden, die die Zeiten von Workaholics hinter sich lässt.

Als Mitglied der Jungen Liberalen habe ich Rüdiger Maas' Buch „Generation arbeitsunfähig“ mit gemischten Gefühlen gelesen, die du vielleicht auch beim Lesen dieser Zeilen empfunden hast. Maas spricht Themen an, die viele junge Menschen betreffen, besonders jene, die bald in den Arbeitsmarkt eintreten oder bereits dort sind. Diese Fragen – „Wie wollen wir arbeiten?“ oder „Wie lässt sich ein erfülltes Leben mit den Anforderungen der Arbeitswelt vereinbaren?“ – sind nicht nur für mich als Teil der Generation Z relevant, sondern für uns alle. Und deshalb finde ich es wichtig, diese Debatte zu führen.

Ein Blick auf Maas' Thesen: Maas beschreibt eine Generation, die sich nicht mehr mit den traditionellen Arbeitsmodellen zufriedengibt, sondern nach einer Balance zwischen Leben und Arbeit strebt. Dieser Wunsch nach Balance wird von vorherigen Generationen nicht selten als „faul“ oder eben „arbeitsunfähig“ beschrieben. Auch wenn ich mich beispielsweise als Teil der Generation des Wertewandels rund um das Thema „Arbeit“ wiedererkenne, bin ich nicht immer mit der vollständigen Diagnose

einverstanden. Wo genau liegt die Grenze zwischen gerechtfertigtem Wandel und einer verfehlten Anspruchshaltung? Wie viel Flexibilität ist gesund und förderlich für alle Seiten?

Viele junge Menschen, mich eingeschlossen, stellen sich Fragen wie: • Warum mache ich das eigentlich? • Wie viel Raum darf Arbeit in meinem Leben einnehmen? • Was ist es mir wert, meine Gesundheit für Karriereziele zu opfern?

Diese Fragen sind unbequem – auch für uns selbst. Aber sie sind überfällig. Sie fordern uns heraus, Arbeit gesünder, gerechter und erfüllender zu gestalten. Und sie zeigen, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem „Warum“ und „Wie“ unseres beruflichen Engagements keineswegs ein Zeichen von Faulheit ist, sondern von einem gesellschaftlichen Wandel, der neue Perspektiven für die Arbeitswelt fordert.

Ich habe beim Lesen von Maas' Buch aber auch realisiert, wie privilegiert wir in unserer Generation sind, uns diese Fragen stellen zu können. Während für meine Eltern oder Großeltern die Vorstellung, das Studium abzubrechen oder die Karriere in Frage zu stellen, kaum vorstellbar war, haben wir die Möglichkeit, unseren eigenen Weg zu wählen. Dieses Privileg ist nicht selbstverständlich, und es ist wichtig, sich das bewusst zu machen.

Das System von heute und morgen Ein stabiles politisches und wirtschaftliches System ist nicht der einzige Faktor, der unsere Arbeitswelt prägt – genauso wichtig sind Freunde und Familie. Diese Netzwerke prägen uns ebenso, und die Wertvorstellungen, die wir heute mitbringen, sind oft die gleichen, die uns von klein auf mitgegeben wurden. Warum also wird von uns erwartet, dass wir diese Glaubenssätze mit dem ersten Job gleich ablegen? Warum sollten wir die Sehnsucht nach sinnstiftender Arbeit einfach abtun, nur weil es „immer schon so war“?

Unsere Welt verändert sich, und mit ihr auch unsere Vorstellungen und An-

forderungen. Niemand würde mehr sagen: „Lass uns statt mit Google Maps mit einer Landkarte fahren“ – weil es einfach unpraktisch wäre. So hat sich auch unsere Arbeitswelt weiterentwickelt. Das ist kein Defizit meiner Generation, sondern eine ganz natürliche Reaktion auf die Veränderungen, die uns umgeben.

Gemeinsam die Arbeitswelt von morgen gestalten Was ich mir wünsche, ist, dass wir aufhören, von „denen da“ zu sprechen und anfangen, gemeinsam zu fragen: Wie wollen wir morgen arbeiten und leben? Diese Fragen betreffen nicht nur uns als junge Generation, sondern die gesamte Gesellschaft. Wenn wir die Arbeitswelt gerechter und erfüllender gestalten wollen, müssen wir uns diesen Fragen jetzt stellen.

Es geht nicht nur um individuelle Entscheidungen. Es geht um die Veränderung eines Systems, das sowohl die Bedürfnisse der Arbeitnehmer als auch die Anforderungen der Arbeitgeber in den Blick nimmt. Und vielleicht ist genau das die Herausforderung, die uns alle betrifft: Die Zukunft der Arbeit liegt nicht nur in den Händen der jungen Generation, sondern in der Zusammenarbeit aller – alt und jung, erfahren und unerfahren, etabliert und neu.



TEXT: TANJA MÖRSTEDT (22)
hat Psychologie im Bachelor an der Universität Mannheim studiert und befindet sich gerade in ihrem Gap Year zum Master. Du erreichst sie unter tanja.moerstedt@icloud.com

FREIHEIT VERTEIDIGEN

DIE GLOBALE ROLLE DES LIBERALISMUS IM 21. JAHRHUNDERT



Die Welt **ist nicht mehr dieselbe** wie noch vor wenigen Jahren.

Kriege und autoritäre Regime prägen zunehmend das globale Geschehen. Zwischen 2019 und 2025 wurden Länder wie die Ukraine, Israel, Palästina, der Sudan und Afghanistan zu Schauplätzen von Krieg, Unterdrückung und Machtmissbrauch – manche als Opfer, manche als neue Akteure autoritärer Herrschaft.

Diese Konflikte sind keine isolierten Tragödien am anderen Ende der Welt. Sie sind Signale dafür, dass die regelbasierte internationale Ordnung ins Wanken geraten ist. Was das bedeutet? Unfreiheit. Unterdrückung. Armut. Massive Eingriffe in fundamentale Menschenrechte.

Und was heißt das für uns? Die Antwort ist so einfach wie unbequem: Liberalismus ist nicht nur eine innere Haltung – er ist ein Wert, der außen- und sicherheitspolitisch aktiv verteidigt werden muss.

Wer Freiheit, Menschenrechte und Wohlstand schätzt, muss sie mitgestalten und schützen überall. Freiheit ist für Demokratinnen und Demokraten auf der ganzen Welt unverhandelbar.

Wir als FDP und Junge Liberale sind die einzige bedeutende liberale Kraft in Deutschland. Es ist unsere Aufgabe, diese Fahne hochzuhalten – mit all ihren Werten und ihrer Verantwortung. Denn Liberalismus bedeutet nicht nur Freiheit, sondern ebenso Sicherheit und Wohlstand. Diese drei Werte gehören untrennbar zusammen. Wer nur einen von ihnen verteidigt, riskiert langfristig alle drei zu verlieren.

Liberalismus – Freiheit, Sicherheit und Wohlstand

Ein Blick zurück: Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden die Vereinten Nationen, die NATO, die WTO und die ersten Vorgänger der Europäischen Union. Alle verband ein gemeinsames Versprechen: das Freiheitsversprechen.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte der Welt zwei Weltkriege, eine globale Wirtschaftskrise, die Spanische Grippe, zahllose Putsche und den Holocaust gebracht. Diese Erfahrungen führten zu einer klaren Erkenntnis: Frieden und Wohlstand sind kein Zufall, sondern das Ergeb-

nis von Kooperation, gemeinsamen Regeln und gegenseitigem Schutz. Nach 1945 formierten sich Demokratien zu einer Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, um gemeinsam für eine sichere und prosperierende Welt zu sorgen: innovativ, global, vernetzt, frei und vergleichsweise wohlhabend. Der freie Handel schuf neue Märkte, technologische Innovationen und ein Maß an internationaler Vernetzung, das vorher unvorstellbar war. Doch diese Ordnung bröckelt. Brücken werden verbrannt, Ideologie ersetzt Argumente, die Welt stürzt von einer Krise in die nächste. Der Rückzug westlicher Staaten aus manchen Regionen hat Machtvakuum hinterlassen, die autoritären Mächte bereitwillig füllen. Beispiel: Afghanistan. Terroristen und Feinde der Freiheit – vom Mullah-Regime im Iran bis zu aggressiven Autokraten wie Erdogan – gewinnen an Einfluss. Wenn wir Liberale eines wissen, dann das: Freiheit ist kein Naturzustand. Sie ist eine Errungenschaft – und sie kann verloren gehen. Die Frage ist: Wie antwortet der Liberalismus darauf?

Die liberale Antwort: Außen- und Verteidigungspolitik

1 Die regelbasierte internationale Ordnung stärken

- Starkes, kontinuierliches Engagement in NATO, EU und UN.
- Reformen, um Effizienz zu steigern und Vetomissbrauch – etwa im EU-Rat oder Sicherheitsrat der UN – zu verhindern.
- Ausbau der europäischen Außenpolitik zu einer echten gemeinsamen Stimme, die im Ernstfall auch handlungsfähig ist.

2 Verteidigungsbereitschaft als Garant für Sicherheit

- NATO-Verpflichtungen verlässlich erfüllen – das 2 %-Ziel – bzw. jetzt 5% – ist nicht optional, sondern eine Versicherung für unsere Freiheit.
- Die Bundeswehr modernisieren und digitalisieren: Von moderner Ausrüstung bis zu einer schlanken Beschaffungsbürokratie.
- Fähigkeits- und Materiallücken schließen, insbesondere in Luftverteidigung, Cyberabwehr und Aufklärung.
- Intensivere gemeinsame Übungen und Integration der Streitkräfte mit NATO-Partnern, um Einsatzbereitschaft zu sichern.

3 Wirtschaftliche Freiheit als geopolitische Stärke

- Freihandel ausbauen – Handelsbeziehungen sind nicht nur wirtschaftlich, sondern

auch sicherheitspolitisch relevant. Zudem öffnet der Länder auf etwas Freiheit und Wohlstand, sieht man z. B. am Beispiel Vietnam.

- Strategische Abhängigkeiten reduzieren (Energie, Rohstoffe, Schlüsselprodukte) eine große sicherheits- und wirtschaftspolitische Chance für Deutschland und Europa.
- WTO stärken und faire Handelsabkommen vorantreiben, die nicht nur Märkte öffnen, sondern auch Standards für Menschenrechte und Umwelt setzen.

4 Menschenrechte als Kernprinzip

- Konsequente Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzer, die spürbar sind.
- Aktive Unterstützung für Demokratiebewegungen weltweit, z. B. durch technische Hilfe, Bildungsaustausch und Schutzprogramme für gefährdete Aktivisten.
- Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau in Krisenregionen fördern – schnelle Hilfe schafft Vertrauen und langfristige Stabilität.

Warum das für uns wichtig ist

Manche fragen: „Warum sollen wir uns in Krisen auf der anderen Seite der Welt einmischen?“ Die Antwort ist einfach: Weil sich Krisen und Konflikte in einer vernetzten Welt niemals isolieren lassen. Ein Angriff auf die Freiheit irgendwo ist ein Testfall für ihre Verteidigung überall. Wirtschaftliche Schocks, ausgelöst durch Konflikte, treffen auch uns – ob durch steigende Energiepreise, unterbrochene Lieferketten oder neue Flüchtlingsbewegungen. Wenn

liberale Demokratien sich zurückziehen, füllen andere die Lücke – und das sind selten die, die unsere Werte teilen.

Die liberale Weltpolitik 2035 – eine Vision

Wenn diese Schritte konsequent umgesetzt würden, könnte die Welt in zehn Jahren deutlich anders aussehen:

Die Europäische Union wäre ein geeinter, unabhängiger Akteur auf der internationalen Bühne – nicht nur Regulierer und Mahner, sondern handlungsfähig und glaubwürdig.

Demokratien weltweit könnten enger kooperieren, um das zu bewahren und auszubauen, wofür Generationen vor uns gekämpft haben: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit, Chancen und Menschenrechte. Das Leid vieler Gruppen und Ethnien wie den Uiguren könnte ein Ende finden. Freihandel würde Millionen Menschen aus der Armut holen. Eine verlässliche Sicherheitsarchitektur würde potenzielle Angreifer abschrecken – Prävention statt Intervention. NATO, AUKUS und andere Bündnisse für Freiheit und Demokratie könnten stärker zusammenarbeiten, mit gemeinsamen Manövern und klaren politischen Signalen.

Solche Entwicklungen würden eine klare Botschaft senden: Wer die Freiheit angreift, muss mit einer geschlossenen und wehrhaften liberalen Weltgemeinschaft rechnen. Als Liberale tragen wir in Deutschland genau die Verantwortung, um Reformen und Prozesse in Gang zu setzen, die genau hierzu beitragen. Dabei hilft jede Stimme, jede Hilfe und jede Tat.

Schlussgedanke

Frieden, Menschenrechte und Wohlstand entstehen nicht von selbst – sie müssen geschützt, verteidigt und weiterentwickelt werden.

Für Liberale heißt das: Freiheit endet nicht an Landesgrenzen. Sie ist universell – und sie verpflichtet uns zum Handeln.

Wir können die Welt nicht über Nacht verändern, aber wir können verhindern, dass sie in die Hände derer fällt, die Freiheit hassen.

Unsere Generation hat die Wahl: Zuschauer oder Gestalter.

Liberale entscheiden sich immer für das Gestalten.

Packen wir also an.



TEXT: OLIWIER SLOWIK (18)
ist Schüler, Kreisvorsitzender der JuLis
Siegen-Wittgenstein und Stellvertretender
Leiter vom BAK Europa, Internationales
und Verteidigung. Ihr erreicht ihn unter
oliwier.slowik@julis.de

ANZEIGE:

**renew
europe.**

Svenja Hahn
Mitglied des Europäischen Parlaments

@Svenja Hahn
 @svenja_hahn
 @svenja_ilona_hahn
 @svenjahahnfdp

www.svenja-hahn.eu

Sanktionen **auf** **RECHNUNG**



„Russland muss
für **diesen Krieg**
bezahlen.“

Kaum ein Satz ist seit dem 24. Februar 2022 in Regierungserklärungen, Pressekonferenzen oder Parteitage so oft gefallen. Und ja: Er stimmt. Russland hat diesen barbarischen Krieg begonnen. Russland bombardiert, vertreibt, verschleppt unschuldige Menschen. Und genau deshalb muss es auch Russland sein, das zur Verantwortung gezogen wird. Die EU hat dafür eine Reihe an

Sanktionspaketen geschnürt. Nun beginnt die Debatte, wer am Ende wirklich zahlt. Die Antwort scheint nicht so einfach wie auf den ersten Blick vielleicht gedacht. Das Kalkül der Sanktionen ist klar: Die russische Kriegsmaschinerie muss finanziell ausgetrocknet werden. Die Einnahmen aus Energieexporten, die Nutzung des internationalen Finanzsystems, die Investitionskanäle westlicher Banken – all das sollte gekappt werden, um

Putins Kriegskasse zu dezimieren. Diese Strategie trägt Früchte. Russland ist wirtschaftlich angeschlagen, die Inflation hoch, das Budgetdefizit gewaltig. Es ist richtig und notwendig, dass die EU dabei vorangeht. Aber Sanktionen sind kein chirurgisches Präzisionsinstrument. Sie schneiden nicht nur Russland ab, sondern reißen auch Verbindungen in Europa selbst auf. Der Preis für Putins Isolation wird nicht nur in Mos-

kau gezahlt, sondern auch in Frankfurt, Wien oder Paris. Die Sanktionen im Kapitalverkehr betreffen den Finanzsektor im besonderen Maße. Denn viele europäische Banken und Finanzdienstleister waren im russischen Markt engagiert. Und dieser Markt ist nun de facto verloren.

18 Sanktionspakete gab es seit 2022. Milliarden an Vermögen eingefroren. Russische Banken vom SWIFT-System ausgeschlossen. Der Handel mit Wertpapieren gestoppt. Und mit jedem Paket wurde die Schraube weiter angezogen. Doch hinter den Kulissen arbeiten sich nun Compliance-Abteilungen, Risikoanalysten und Juristen durch ein Regeldickicht, das kaum noch zu überblicken ist.

Denn wer auch nur indirekt mit russischen Kunden oder Transaktionen in Berührung kommt, sieht sich heute mit verschärften Meldepflichten, Prüfprozessen und Sanktionstrackings konfrontiert. Für große Banken ist das ein Kostenfaktor. Für kleinere Institute eine Überlebensfrage. Besonders betroffen sind digitale Dienstleister, die alle Zahlungsströme aus und nach Russland einstellen mussten. Millionen Kundenkonten wurden geschlossen – ein erheblicher Verlust, über den kaum jemand spricht.

Hinzu kommt: Gibt ein Institut dem regulatorischen Druck stand und möchte sich aus dem russischen Markt zurückziehen, so ist das nicht ohne Weiteres möglich. Wer russische Niederlassungen verkaufen will, braucht mitunter eine Genehmigung aus dem Kreml und muss saftige Preisnachlässe und Abgaben in Kauf nehmen. Oftmals blockieren auch Gerichte Veräußerungsprozesse; alles um Kapitalabflüsse aus Russland zu minimieren. Das mündet in folgendes Dilemma, für das die Politik bisher eine Antwort schuldig bleibt: Wer geht, verliert Geld. Wer bleibt, verliert Reputation.

Dabei geht es nicht nur um betriebswirtschaftliche Kennzahlen. Es geht um politische Glaubwürdigkeit. Denn wenn wir sagen, dass Russland für diesen Krieg bezahlen muss, dann darf das nicht heißen, dass wir europäische Unternehmen im Regen stehen lassen. Eine Sanktionspolitik, die die eigene Wirtschaft nicht mitdenkt, droht langfristig an Zustimmung zu verlieren.

Was also tun? Es braucht eine ehrliche Debatte über die Kostenverteilung. Wer mit solch tiefgreifenden Maßnahmen agiert, braucht ein transparentes Folgenmonitoring. Besonders betroffene Sektoren können so gezielt unterstützt werden. Dabei geht es nicht um eine pauschale Entschädigung. Vielmehr kann es gelingen, nicht

zwangsläufig monetäre Unterstützungsmaßnahmen, etwa Fristverlängerungen, vereinfachte Meldeverfahren oder temporäre Ausnahmen bei Berichtspflichten in enger Abstimmung mit den betroffenen Instituten zu konzipieren.

Gerade vor dem Hintergrund einer ungewissen weltpolitischen Entwicklung gewinnt diese Diskussion an Brisanz. Mit der Rückkehr protektionistischer Töne aus Washington steigt die Verantwortung Europas für seine eigene Sicherheit. Finanzielle Wehrhaftigkeit ist Teil dieser Verantwortung. Wer künftig nicht mehr auf amerikanische Rückendeckung zählen kann, muss seine außenpolitischen Instrumente stärken und dafür sorgen, dass sie tragfähig bleiben.

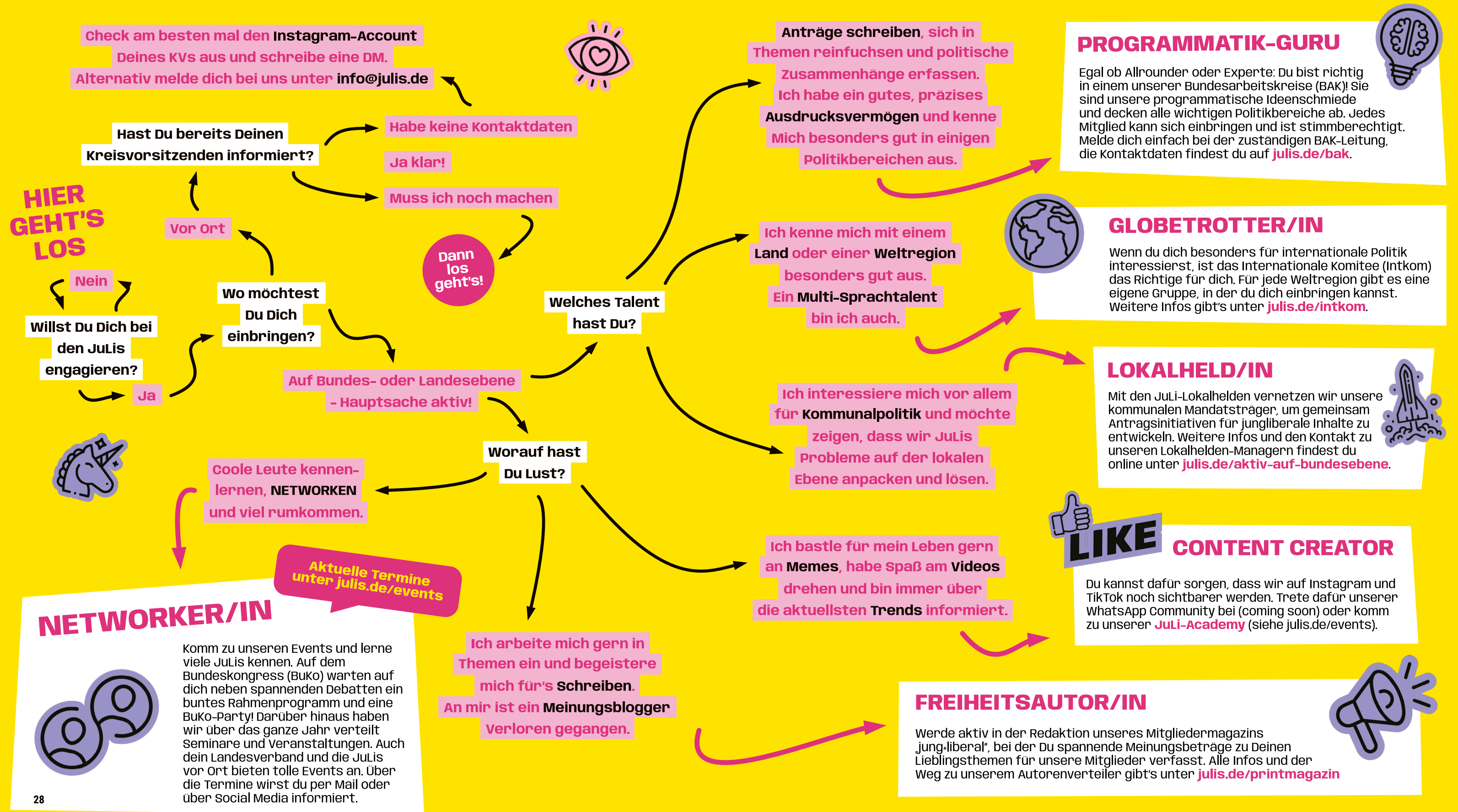
Deshalb braucht es auch mehr politische Begleitung der Sanktionen; nicht nur beim Beschluss, sondern auch bei der Umsetzung. Bisher ist vieles technokratisch getrieben, oft reagieren die Institute im Blindflug auf immer neue Anforderungen. Doch strategische Außenpolitik endet nicht mit der Pressemitteilung des Europäischen Rates. Sie beginnt dort, wo sie Wirklichkeit entfaltet: in Geschäftsberichten, Risikobewertungen und Compliance-Abteilungen. Die Europäische Union muss diese Realität anerkennen.

Russland soll und wird für diesen Krieg bezahlen. Aber wer Sanktionen verhängt, der muss den eigenen Akteuren Orientierung geben. Denn Sanktionen sind kein Selbstzweck. Sie dienen dem Schutz von Freiheit, Recht und Sicherheit in Europa. Und genau deshalb müssen sie auch markttauglich sein. Bisher sind nur einzelne Institute vom Markt ausgeschieden. Das nächste Sanktionspaket darf die mittelfristige Resilienz des Finanzsektors nicht gefährden.



TEXT: NIKLAS WAGNER (23)
ist unser Mann von der Küste im Bundesvorstand und studiert im Master Betriebswirtschaftslehre. Ihr erreicht ihn unter **wagner@julius.de**

Dein Engagement bei den Jungen Liberalen



Der Weg zur Marktwirtschaft mit Sinn

Wir leben in einer Zeit, deren Entwicklungen sich nicht mehr als kompliziert beschreiben lassen, sondern mittlerweile als komplex bezeichnet werden müssen.

Auf politischer Ebene erleben wir ein Wiederaufkeimen autoritärer Strukturen:

Die nationale-MAGA Bewegung in den USA, Oligarchie in Russland und populistische Parteien, wie die AFD.

Auf ökologischer Ebene sehen wir jedes Jahr mehr die Auswirkungen der Umweltzerstörung: Toxische Plastikkonzentrationen, übersäuertes Grundwasser und der Klimawandel.

Auf wirtschaftlicher Ebene leiden wir unter einer Stagnation: Startup-Armut, fehlendes Wirtschaftswachstum, riesige Staatskosten.

Auf gesellschaftlicher Ebene erleben wir tiefe innere Spaltung: Arm gegen Reich, Links gegen Rechts, Ökologisch gegen Ökonomisch.

Und auf emotionaler Ebene fühlt sich diese Masse an Problemen langsam wie ein unüberwindbarer Berg an.

Zumindest spätestens dann, wenn man begreift, dass all diese Probleme gleichzeitig auf unsere Gesellschaft treffen, und zwar in einer nie zuvor dagewesenen Größe.

Die politische Frage unserer Zeit ist deshalb: Was ist unsere Strategie? Wie kann ein funktionierender Weg aussehen?

Merz sagt, Ärmel hochkrempeln und mal wieder richtig anpacken – aber ist es wirklich so einfach?

Wie am Anfang bereits gesagt, sind diese Entwicklungen komplex, und daraus könnte man ableiten, dass wir unglaublich viele kluge Einzelmaßnahmen und viel Arbeit brauchen, damit wir die Probleme gelöst bekommen.

Hier ist es wichtig, den Unterschied zwischen komplizierten und komplexen Situationen zu verstehen. Während komplizierte Situationen einer inneren Logik folgen und

deswegen mit genügend Wissen, Zeit und Mitteln deterministisch lösbar sind, entziehen sich komplexe Aufgaben einer solchen Logik. Sie sind nicht nur schwieriger, sondern sie verlangen durch ihre grundsätzlich andere Struktur ein neues Verständnis von Zusammenhängen und Dynamiken.

Ein anschauliches Beispiel für den Unterschied zwischen komplizierten und komplexen Problemen liefert die Physik. Während die klassische, deterministische Physik davon ausgeht, dass sich Systeme mit ausreichend Wissen vollständig berechnen und vorhersagen lassen, entzieht sich die Quantenphysik genau dieser Logik. Dort sind Zusammenhänge wahrscheinlichkeitsbasiert, nicht-linear und oft nur im Zusammenspiel vieler Faktoren verständlich. Was in der klassischen Mechanik noch plan- und steuerbar erscheint, wird in der Quantenwelt zu einem dynamischen Feld wechselseitiger Einflüsse.

Genau deswegen brauchen komplexe gesellschaftliche Herausforderungen keine minimalen Gesetzesanpassungen zur Systemerhaltung – sondern eine neue Perspektive. Aus der Vielzahl an Problemen, die mitunter oben ausgeführt sind, und dem Fakt, dass unsere heutige Gesellschaft die technologisch fortschrittlichste der Geschichte ist, lässt sich aus meiner Sicht deswegen die These einer wirtschaftlichen Fehlaurichtung aufstellen. Eine Fehlaurichtung, die sich meiner Ansicht nach nicht (auf das Ausgangszitat von Merz bezogen) mit einfach „mehr“ Arbeit lösen lässt.

Denn: Wir sind bereits an einem Punkt gesellschaftlicher Erschöpfung. Gleichzeitig ist diese Vielzahl an Problemen real und benötigt einen aktiven Einsatz von Anstrengung, um nicht nur gelöst, sondern aktiv verbessert zu werden.

Versuchen wir jetzt nur generalistisch die Wirtschaftsleistung zu steigern, und hoffen durch einen gewissen Trickle-Down-Effekt auf eine gesellschaftliche Wohlstandsteigerung, arbeiten wir meiner Meinung nach am Problem vorbei. Denn unser aktuelles ökonomisches Wirtschaftssystem ist nur bedingt auf die Ursache dieser Probleme ausgerichtet. Auf eben diese Ursache möchte ich nun etwas genauer eingehen.

In der Beschreibung komplexer Systeme habe ich von wechselseitigen Einflüssen gesprochen. Die Formulierung selbst impliziert dabei bereits mehr als einen Einfluss. Ich denke, unser gesellschaftliches Wohlbefinden lässt sich maßgeblich auf zwei Einflüsse zurückführen. Materielle Einflüsse wie Geld, Wertgegenstände oder Technologien einerseits und seelische Einflüsse wie Wohlbefinden, Gemeinschaft, Werte und Sinnhaftigkeit andererseits.

Das Problem, vor dem wir aktuell stehen, ist aus meiner Sicht, dass wir unser Wirtschaftssystem nahezu ausschließlich auf materiellen Wohlstand als Basis für Zufriedenheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt ausrichten. Nicht umsonst ist einer der wichtigsten Leistungsindikatoren einer Regierung das BIP-Wachstum.

Entwickeln sich materieller Wohlstand und damit einhergehend technologischer Fortschritt jedoch in eine Richtung, die die seelische Ebene der Gesellschaft erodieren lässt, dann schaffen wir uns eine Welt, in der wir unser Äußeres auf Kosten unseres Inneren gestalten.

Ein passendes Beispiel ist das rasante Wachstum Sozialer Medien im letzten Jahrzehnt. Plattformen wie Instagram, TikTok oder YouTube generieren Milliardenumsätze und gelten als Vorzeigebispiele digitaler Innovation. Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien, dass exzessive Nutzung dieser Plattformen mit einem signifikanten Anstieg von Depressionen, Angststörungen und geringem Selbstwertgefühl korreliert, insbesondere bei jungen Menschen.

Die Ursache liegt dabei nicht im Fortschritt selbst, sondern in seiner Ausrichtung: Ein Wirtschaftssystem, das Menschen auf Klicks, Reichweite und Werbewert reduziert, fördert zwangsläufig Inhalte, die Aufmerksamkeit maximieren – oft durch Zuspitzung, Vergleich, Idealisierung und die Glorifizierung materiellen Reichtums.

Das Ergebnis: Ein wachstumsgetriebener Fortschritt, der innerlich zu kollektiver Erschöpfung, sozialem Druck und Isolation führt.

Um das Ganze nicht zu abstrakt zu halten, mache ich es konkret:

Im Jahr 2024 hat die WHO in einer neuen repräsentativen Studie basierend auf einer beispiellosen Erhebungswelle mit fast 280.000 Jugendlichen im Alter von 11, 13 und 15 Jahren in 44 Ländern Europas, Zentralasiens und Kanadas empirische Daten zu dieser Entwicklung geliefert.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Mehr als jeder zehnte Jugendliche (11 %) weist mittlerweile ein problematisches Social-Media-Verhalten auf, das mit Kontrollverlust und negativen psychosozialen Folgen einhergeht. Ein Anstieg von 4 % im Vergleich zum Jahr 2018. Besonders betroffen sind Mädchen, bei denen der Anteil sogar bei 13 % liegt. Zudem gaben 36 % der Jugendlichen an, in ständigem digitalen Kontakt mit Freunden zu stehen – bei 15-jährigen Mädchen sogar 44 %. Auch im Bereich digitaler Spiele zeigen sich bedenkliche Tendenzen: Rund ein Drittel (34 %) der Jugendlichen spielt täglich, und mehr als jeder Fünfte (22 %) spielt an Tagen, wenn er spielt über vier Stunden.

Und dieser Trend betrifft nicht nur Jugendliche. Auch bei Erwachsenen nimmt die digitale Durchdringung des Alltags stetig zu. Die ARD/ZDF-Medienstudie 2024, eine repräsentative Befragung von 2.500 Personen ab 14 Jahren in Deutschland, zeigt: Inzwischen nutzen 60 % der Gesamtbevölkerung regelmäßig soziale Medien – Tendenz steigend. Besonders auffällig ist der Anstieg bei den 30- bis 49-Jährigen, von denen bereits 80 % auf Plattformen wie Instagram, TikTok oder YouTube aktiv sind.

Die Entwicklung ist dabei nicht nur besorgniserregend rasant, sondern systemisch selbstverstärkend: Aufgrund ihrer hohen Skalierbarkeit und attraktiven Margen ziehen digitale Geschäftsmodelle überproportional viel Risikokapital an. Investitionen folgen dabei einer ökonomischen Logik: Kapital fließt dorthin, wo es sich am effizientesten vermehren lässt. Dadurch verstärkt sich die Konzentration in diesem Sektor zunehmend.

Und als ob das alles nicht schon Herausforderung genug wäre, bröckelt parallel dazu das kulturell gewachsene, seelische Fundament unserer Gesellschaft. Erstmals gehören weniger als die Hälfte der Bevölkerung einer der beiden großen Kirchen an. Gesellschaftliche Aktivitäten verlagern sich, wie dargelegt, weiter in den digitalen Raum, und die ausbleibende Wohlstandssteigerung für breite Teile der Gesellschaft lässt weniger Zeit und Geld für freizeitliche Aktivitäten, die genau diese Bedürfnisse stillen könnten.

Das Resultat ist ein kollektiver Produktivitätsverlust: Der DAK-Psychreport zählt im Jahr 2023 bereits 323 psychisch bedingte Fehltag je 100 Beschäftigte – ein Plus von über 50 % in zehn Jahren. Die Arbeitswelt spürt die Folgen direkt: Nur 14 % der Beschäftigten fühlen sich ihrem Arbeitgeber noch emotional verbunden, mehr als 7 Millionen haben „innerlich gekündigt“.

Diese Zahlen belegen; wenn wir Systeme allein nach ökonomischen Kriterien skalieren, ohne ihre seelischen Auswirkungen mitzudenken, schaffen wir uns ein Umfeld, das äußerlich skaliert, aber innerlich erschöpfend wirkt.

Der Philosoph Markus Gabriel bringt dieses Ungleichgewicht auf den Punkt, wenn er davor warnt, den Menschen auf messbare, neuronale oder wirtschaftliche Parameter zu reduzieren. Denn Bewusstsein, so Gabriel, ist nicht nur eine Reaktion auf äußere Reize, sondern entfaltet sich in Sinnfeldern: moralisch, ästhetisch, geistig. Ein System, das diese Dimensionen ausblendet, verliert nicht nur seine humanistische Substanz, sondern auch seine gesellschaftliche Stabilität.

Eine Entwicklung, die wir in diesem Moment vor allem im politischen Kontext beobachten können. Das Problem: Wenn gesellschaftliche Stabilität bröckelt, droht mehr als sozialer Rückschritt. Es entsteht ein systemisches Risiko. Ein Wirtschaftssystem, das dieses Ungleichgewicht nicht überwindet, steuert langfristig auf politische Instabilität, und damit einhergehenden massiven ökonomischen Schaden, zu. Ein Risiko, das also nicht nur aus seelischer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive ernst genommen werden muss.

Der Grund für diese Entwicklung liegt aus meiner Sicht in einem kollektiven Marktversagen – einem sich selbst verstärkenden Trend, bei dem technologische Innovation zunehmend auf kurzfristiges Umsatzwachstum ausgerichtet wird, ohne die gesellschaftlichen Folgen mitzudenken. Geschäftsmodelle werden auf Effizienz, Skalierung und Rendite optimiert, nicht auf den Zusammenhalt der Gesellschaft. Gleichzeitig bleiben echte Fortschritte gerade in den Bereichen aus, in denen wir sie am dringendsten brauchen: in der Pflege, im Bildungswesen und in der nachhaltigen Energiegewinnung.

Die entscheidende Frage lautet daher: Wie durchbrechen wir diesen strukturellen Fehlkurs?

Weil weitreichende Eingriffe in den Markt zwangsläufig Fragen individueller Freiheit aufwerfen, braucht es aus meiner Sicht zuallererst eine kollektive Reflexion. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den in diesem Essay beschriebenen Entwicklungen, verbunden mit der Bereitschaft, deren Folgen nicht länger auszublenken. Die Aufgabe der Politik ist es, auf dieser Grundlage eine technologische und gesellschaftliche Vision zu formulieren, die von einer breiten Mehrheit getragen und als erstrebenswert empfunden wird.

Eine solche Vision möchte ich im Folgenden skizzieren.

Wie in diesem Essay bereits ausgeführt wurde, liegt die Lösung unserer Probleme meiner Meinung nach nicht einfach nur in weniger Bürokratie, mehr Wirtschaftswachstum und besserer Bildung. Sie liegt in der Erkenntnis, dass die Aufgabe unserer Zeit im Suchen eines Gleichgewichts von materiellem und seelischem Wohlbefinden besteht. Ziel ist dabei kein Verzicht oder Verbot, sondern eine Synthese: eine Gesellschaft, die Technologie und materiellen Wohlstand mit Werten verbindet. Eine Gesellschaft, die nicht nur produziert, sondern auch reflektiert. Eine Gesellschaft, in der Technologie nicht bloß Marktwert schafft, sondern echten gesellschaftlichen Wert – weil sie unsere Ideale – Freiheit, Fortschritt und Gemeinschaft – unterstützt.

Aus diesem Grund spreche ich mich für einen Staat aus, der Strukturen aufbaut, die Technologie fördern, die uns nicht vom Leben ablenken, sondern uns mehr Zeit, Raum und Möglichkeiten für eben dieses Leben geben. Ein Staat, der uns gesünder, zufriedener und weiser macht.

Vorschläge meinerseits für wünschenswerte Wirtschaftsbereiche, die Technologie wertebasiert entwickeln:

- Ein starker Robotik-Sektor für Industrie, Medizin und Pflege
- Forschung an neuartigen Speichertechnologien für günstigen, stabilen Strom
- Seriöse Studien zu Psychedelika zur Behandlung psychischer Erkrankungen
- Quantencomputing für effektivere Grundlagen- und Materialforschung
- Bildungssoftware, die modernes, individualisiertes Lernen für alle Altersgruppen ermöglicht
- Eine Raumfahrtindustrie für alle: Forschung, Mobilität und ziviler Weltraumtourismus

Warum gerade diese Felder?

Weil sie durch die Synthese von materieller und seelischer Grundlage auf konkrete gesellschaftliche Herausforderungen hinarbeiten:

- Robotik kann den demografischen Wandel abfedern und mehr Mobilität im Alter ermöglichen.
- Speichertechnologien senken die größten industriellen Kosten – unsere Energiepreise und schaffen damit Gesamtgesellschaftliche monetäre Entlastung.
- Psychedelika zeigen großes Potenzial bei der Behandlung von Depressionen und posttraumatischen Belastungen – eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen unserer Zeit.
- Quantencomputing revolutioniert unter anderem die Materialforschung – ein Schlüssel zur Lösung ökologischer und damit indirekter gesundheitlicher Probleme.
- Bildungssoftware kann Lernen personalisieren und Schulen aus der „Massenabfertigung“ führen – hin zu mehr individueller Entfaltung.
- Die Raumfahrt schafft neue Forschungsmöglichkeiten und inspiriert durch zivilen Weltraumtourismus neue gesellschaftliche Vorstellungskraft.

Der Weg zu solch einem Ideal müsste auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig in die Wege geleitet werden. Marktwirtschaft-

liche Strukturen könnten beispielsweise einen Resonanzmechanismus erhalten, indem Bürger durch einen demokratischen Feedback-Prozess über technologische Entwicklungen abstimmen könnten.

Exekutiv könnte die Politik gewünschte Entwicklungen durch Steueranreize gezielt fördern. Im Falle unerwünschter Entwicklungen gilt das umgekehrte Prinzip: Abschöpfung oder Einschränkung. Die Maßnahmen würden dabei stets im Sinne des Gemeinwohls getroffen.

Neben den wirtschaftlichen Hebeln sollte außerdem vor allem die Schulbildung stark um philosophische, psychologische und ethische Inhalte erweitert werden. Ziel ist nicht die Vermittlung theologischer Weltbilder, sondern die Förderung von Selbstreflexion, Wertebewusstsein und innerer Autonomie – insbesondere bei jungen Menschen. Denn die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nicht allein technisch lösen – sie erfordern ein tieferes Verständnis des Selbst.

Ich bin überzeugt: Ein solcher Staat könnte durch eine wahrhaftige Vision seine Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, gemeinsam an diesem Ideal zu arbeiten – und so ein neues, glaubwürdiges Wohlstandsversprechen formulieren.

Eine Zukunft, für die es sich zu leben lohnt. Eine, die uns wieder verbindet.

Ein solcher Staat – frei, menschlich, weise – hätte die Kraft, ein echtes Vorbild zu sein. Nicht durch wirtschaftlichen Imperialismus wie die USA, nicht durch militärische Aggression wie Russland – sondern durch kulturelle und innovative Ausstrahlung. Durch gelebte Balance. Durch das stille Vorbild einer Gesellschaft, die gelernt hat, die äußere Welt nicht auf Kosten der inneren zu gestalten.



TEXT: SEAN BRAUN VON STUMM (28)
ist Landtagskandidat in Karlsruhe-West und Start-Up Co-Founder von mable.ai. Ihr erreicht ihn unter **projekt-bvs@gmx.de**

JULI ACADEMY:

NEUE LIBERALE INFLUENCER BRAUCHT DAS LAND!

Ein Bericht aus dem Bundesvorstand

Was passiert, wenn sich 25 JuLis ein Wochenende lang in einer Jugendherberge einquartieren, um gemeinsam ihre Skills für Social Media zu verbessern und praktisch anzuwenden? Dieses Experiment haben wir als Bundesvorstand Anfang Juli erstmals in Wolfsburg durchgeführt: Die JuLi Academy.

Der Grund dafür ist aktuell sehr offen erkennbar: Liberale Influencer und Content Creator waren und sind in unserem Verband derzeit nur sehr spärlich vertreten – das Seminar ist in der Folge aus den Learnings und Rückmeldungen nach der Bundestagswahl entstanden. Ziel war es also, mit diesem Auftaktseminar engagierte Mitglieder im Bereich Videoschnitt und Social Media Content-Erstellung auszubilden und die dafür benötigten Fertigkeiten zu vermitteln.

Von der Bubble in den Mainstream

Als Junge Liberale muss es uns wieder gelingen, aus den eigenen Filterblasen in unsere relevanten Zielgruppen vorzudringen. Welche Formate passen zu den JuLis? Was sind die spezifischen Anforderungen an die verschiedenen Social Media Plattformen? Und wie kann uns Storytelling für politische Inhalte gelingen, die zu unserem eigenen Leitbild passen? Die Beantwortung dieser Fragen und die Diskussionen darüber gaben uns am ersten Abend die Grundlage, an Tag 2 mit dem Kernelement des Seminars zu starten: Der Videoproduktion.

Filmen, Schneiden, Memes und Trends

Am Academy-Samstag standen drei Kerndisziplinen für liberale Content Creator im Vordergrund: Das klassische Statement-Video zu einem politischen Thema, ein bild- oder videobasiertes Meme und die Übersetzung aktueller Kurzvideo-Trends in einen politischen Kontext. Zu jeder Disziplin bekamen unsere Teilnehmenden zuerst einen fachlichen Input, mit dem sie im Anschluss

gruppenweise die neuen Erkenntnisse direkt in die Praxis umsetzen konnten. Dieser Umstand machte die JuLi Academy bereits so besonders, da die in den Praxisphasen erstellten Videos nach dem Wochenende nicht in einer Schublade verschwinden, sondern direkt für die eigenen Social Media Kanäle eingesetzt werden konnten.

Nach der produktiv eingesetzten Arbeitszeit durfte auch der gesellige Teil am Abend nicht fehlen, den die Creator-Truppe bei dem ein oder anderen Kaltgetränk am Allersee ausklingen ließ und einige von den netten Fleckchen Wolfsburgs positiv überrascht wurden. ;)

Eine Watchparty auf die Zukunft

Der Sonntag stand schließlich ganz im Zeichen der Ergebnispräsentation: Bei einer gemeinsamen Watchparty blickten wir auf den Output des Wochenendes und gaben uns offenes und konstruktives Feedback. Die JuLi Academy hat gezeigt, wohin die Reise gehen kann – als Seminarformat, das in der Fläche für die Kompetenzen einer neuen Generation liberaler Influencer sorgen kann. Als Auftaktveranstaltung konnte der Bundesvorstand eine positive Bilanz ziehen – und die nächste Academy steht bereits in den Startlöchern. Vielen Dank an alle JuLis, die dabei waren!

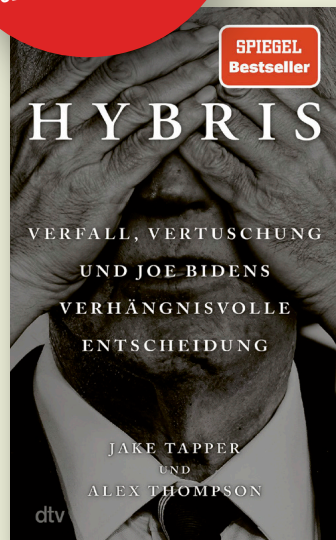


Ihr wollt wissen, welche Videos die JuLi Academy unter anderem hervorgebracht hat? Über die QR-Codes könnt ihr euch eine kleine Auswahl aus Hamburg, Borken und der Südpfalz ansehen:



Joe Biden und die HYBRIS DER MACHT

BUCHANGABEN
Autoren: Jake Tapper,
Alex Thompson
Titel: Hybris
Verlag: dtv Verlag
Seiten: 400
ISBN: 978-3-423-26443-3



Mit Hybris: Verfall, Vertuschung und Joe Bidens verhängnisvolle Entscheidung legen die renommierten US-Journalisten Jake Tapper (CNN) und Alex Thompson (Axios) ein politisches Sachbuch vor, das tiefe Einblicke in die inneren Machtstrukturen des Weißen Hauses gewährt.

Im Zentrum steht die Frage, wie Joe Biden bis zuletzt davon überzeugt sein konnte, der bestgeeignete Kandidat der Demokraten für das Präsidentenamt zu sein.

Das Buch erschien Ende Mai 2025 zeitgleich in den USA und in deutscher Über-

setzung. Während es in den amerikanischen Medien mit Spannung erwartet wurde, blieb die Resonanz im deutschsprachigen Raum bislang verhalten. Ein Grund für das große Interesse in den USA liegt in der politischen Unabhängigkeit der Auto-

ren – beide gelten nicht als parteipolitisch gebunden, was ihrer Analyse zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht.

Hybris zeichnet chronologisch die Entwicklungen im Weißen Haus nach, die letztlich zu Bidens Entscheidung führten, erneut für das höchste Amt zu kandidieren. Zwei zentrale Motive durchziehen das gesamte Werk: zum einen der zunehmende geistige Abbau des Präsidenten, zum anderen ein enger Beraterkreis – von den Autoren spöttisch „das Politbüro“ genannt –, der Biden zunehmend abschirmt und eigene Interessen verfolgt.

Der mentale Verfall Bidens wird anhand zahlreicher Beispiele eindrücklich geschildert: Er vergisst regelmäßig Namen, selbst von langjährigen Weggefährten, und verhaspelt sich nicht nur in öffentlichen Reden, sondern laut verschiedenen Quellen auch in internen Besprechungen. Parallel dazu bemüht sich sein Umfeld, ihn vor sich selbst zu schützen – öffentliche Auftritte werden auf Zeiten beschränkt, in denen er als „zurechnungsfähig“ gilt, und ihm werden nur Umfragen präsentiert, in denen er als stärkster demokratischer Kandidat erscheint.

Besonders einflussreich im inneren Zirkel sind laut Buch seine Ehefrau Jill und sein Sohn Hunter. Jill Biden wird als ambitionierte First Lady beschrieben, die aktiv die politische Agenda ihres Mannes mitgestaltet. Hunter hingegen erscheint als Getriebener seiner Drogenabhängigkeit und juristischen Probleme – das Buch legt nahe, dass er seinen Vater zur Kandidatur drängte, um seine eigene Freiheit und seinen Lebensstil zu sichern.

Beim Lesen stellt sich mitunter das Gefühl ein, dass die Schilderungen des geistigen Verfalls überstrapaziert werden – viele Kapitel ähneln sich in ihrer Aussage. Doch gerade diese Fülle an Beispielen verleiht dem Buch seine Wucht. Wer Hybris gelesen hat, kann schwerlich leugnen, dass die führende Demokratie der Welt von einem Mann regiert wurde, der dieser Aufgabe psychisch nicht mehr gewachsen war. In dieser Hinsicht kann das Buch zu einem bedeutenden zeitgeschichtlichen Dokument werden.

Die bewusste Verwendung des Begriffs „Politbüro“ – eine Anspielung auf das höchste Machtgremium der Sowjetunion – unterstreicht die Kritik an einer abgeschoteten Machtelite, die den Präsidenten von der Realität fernhält. Viele Berater erscheinen als Karrieristen, denen das eigene Fortkommen wichtiger ist als das Wohl des Lan-

des. Besonders negativ fällt Anthony Bernal auf, der persönliche Berater von Jill Biden, der im Buch durch Arroganz und Überheblichkeit hervorsticht.

Eine tragische Figur hingegen ist George Clooney, der zunächst als prominenter Unterstützer Bidens auftritt, sich später jedoch öffentlich von ihm distanziert. Sein Meinungsumschwung, dokumentiert in einem Gastbeitrag für die New York Times, wird im Buch detailliert nachgezeichnet und verleiht der Erzählung zusätzliche Tiefe.

Auch das undemokratische Verhalten des Biden-Lagers wird kritisch beleuchtet. So sorgte sein Wahlkampfteam eigenmächtig dafür, dass South Carolina – ein für Biden besonders günstiger Bundesstaat – als erster Vorwahlstaat festgelegt wurde. Obwohl mit Dean Phillips kein ernstzunehmender Gegenkandidat antrat, zeigt sich hier der unbedingte Machtwille eines Apparats, der demokratische Gepflogenheiten dem eigenen Vorteil unterordnet.

Hybris ist kein leichtes Buch – weder inhaltlich noch stilistisch. Doch es ist ein wichtiges. Es verdeutlicht anhand zahlreicher Beispiele, warum Joe Biden an seiner Kandidatur festhielt – und warum dies ein folgenschwerer Fehler war. Freie und offene Vorwahlen hätten womöglich nicht zum Wahlsieg gegen Trump geführt, aber sie hätten der demokratischen Partei einen Kandidaten mit besserer Ausgangsposition verschafft als Kamala Harris, die schließlich das Erbe antrat.

Hybris zeigt, wie gefährlich es ist, wenn Macht und Loyalität über Vernunft und Verantwortung gestellt werden. Und es wirft Fragen auf, die auch über die US-Politik hinaus relevant sind – etwa für deutsche Politiker, die den richtigen Zeitpunkt für den Rückzug verpassen.



TEXT: HUBERTUS HACKE-DIETZE (32)
ist Volkswirt und Mitglied der JuLis in Koblenz. Er kandidiert für die FDP bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz. Ihr erreicht ihn unter **info@hubertus-hacke.de**

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint vierteljährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Pascal Schejnoha (schejnoha@julius.de)

AutorInnen: Sean Braun von Stumm,
Paavo Czwikla, Jan-Lukas Gescher,
Hubertus Hacke-Dietze, Jamie Hasselberg,
Kilian Küster, Helmer Krane, Tanja Mörsstedt,
Kevin Naumann, Fynn Gabriel Reuther,
Olivier Slowik, Niklas Wagner

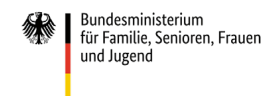
Auflage: 11.000 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an schejnoha@julius.de.

Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: OpenAI
Illustrationen und Fotos:
Adobe Stock: S.4 (4), S.8, S.12 (2), S.14, S.15, S.16, S.20-22, S.23, S.24, S.26 (2), S.34 (29)
Unsplash.com: S.2, S.18, S.30

Dieses Magazin wird gefördert vom



WIR SIND DIE **WEITBLICK- FÜR-DIE-PFLEGE- VERSICHERUNG.**

Die PKV baut für ihre Versicherten eine stabile finanzielle Vorsorge auf. So sichert sie eine menschenwürdige und generationengerechte Pflege.



Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle

 **PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung